MÄDCHENBERICHT 2018

POLITISCHE TEILHABE VON MÄDCHEN UND JUNGEN FRAUEN STÄRKEN

PLAN INTERNATIONAL | GIRLS GET EQUAL

Titelfoto: Plan International

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis 5

Zusammenfassung 6

1. Einleitung 8

2. Analysemethoden 12

3. Das Engagement der internationalen Gebergemeinschaft 16

4. Best-Practice-Geberländer 23
4.1 Schweden 24
4.2 Kanada 28
4.3 Niederlande 32

5. Das Engagement der Bundesregierung 36

6. Empfehlungen an die Bundesregierung 43

Anhang 46
1. Liste der befragten Organisationen 46
2. Beschreibung der untersuchten OECD-Subsektoren 46
3. Für die Stichwortsuche verwendete Stichwörter 47
4. Rangliste der OECD-DAC-Geber in absoluten und relativen Zahlen 48

Endnoten 49

Foto: Plan International

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CRS	Credtior Reporting System (DAC-Meldestandards)
DAC	Development Assistance Committee (Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit)
EU	Europäische Union
FGM	Female Genital Mutilation (weibliche Genitalverstümmelung)
FIAP	Feminist International Assistance Policy
FLOW	Funding Leadership and Opportunities for Women
GG0	Genderkennung 0
GG1	Genderkennung 1
GG2	Genderkennung 2
G20	Gruppe der Zwanzig
G7	Gruppe der Sieben
GAA	Girls Advocacy Alliance
GAC	Global Affairs Canada
GAP II	Gender Aktionsplan II
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
ITU	International Telecommunications Union
KFW	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Entwicklungbank)
LFS	Leading from the South
MENA	Naher Osten und Nordafrika
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance (öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
SDGs	Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
SIDA	Swedish International Development Cooperation Agency (schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit)
SRGR	Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
UK	United Kingdom (Vereinigtes Königreich)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UN FRK	UN-Frauenrechtskommission
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
UNSC	United Nations Security Council (UN-Sicherheitsrat)
US	United States (Vereinigte Staaten)
VENRO	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

ZUSAMMENFASSUNG

Mädchen und junge Frauen[1] werden, vor allem in Entwicklungsländern, in ihren politischen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten stark eingeschränkt. Das hat zur Folge, dass sie selbst keinen oder kaum Einfluss auf soziale Normen und politische Rahmenbedingungen haben, die ihre Lebensumstände bestimmen. Daher ist das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit fest in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verankert. Allerdings sind die Fortschritte hin zu mehr Gleichberechtigung und mehr politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen bei weitem noch nicht ausreichend: Mädchen und junge Frauen sind auch heute noch die weltweit am meisten diskriminierte und ausgeschlossene Gruppe. Umso mehr müssen Mädchen und junge Frauen darin bestärkt werden, ihre Stimme zu erheben und ihre Rechte einzufordern. Wenn sie aktiv am sozialen und politischen Leben partizipieren, können Mädchen und junge Frauen sozialen und politischen Wandel herbeiführen – für sich selbst, aber auch für ihr Umfeld. Wenn sie frühzeitig Erfahrungen in Form von politischer Mitwirkung sammeln, stärkt das ihr Selbstbewusstsein und befähigt sie dazu, selbst Einfluss auf die sie betreffenden Entscheidungen zu nehmen und sich für ihre eigenen Rechte stark zu machen.

Dieser Bericht soll aufzeigen, was die internationale Gebergemeinschaft und insbesondere die Bundesregierung bisher tut, um die politische Teilhabe[2] von Mädchen und jungen Frauen zu fördern. Dabei konzentriert sich der Bericht auf zwei Fragen:

1. Welche guten Beispiele (Best Practices) gibt es in der internationalen Gebergemeinschaft für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern?
2. Was tut die Bundesregierung für die Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern, und wie stellt sich das Engagement Deutschlands im Vergleich zu anderen Geberländern dar?

Die Ergebnisse dieses Berichts basieren erstens auf einer quantitativen Analyse der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von 30 OECD-Gebern, die gezielt der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zugutekommt. Zweitens wurden weitere qualitative Untersuchungen auf der Grundlage der Ergebnisse dieser finanziellen Analyse sowie Expertenbefragungen durchgeführt, um die internationalen Best Practices zu identifizieren.

Wesentliche Ergebnisse des Berichts

- Obwohl die Sichtbarkeit des Themas in den letzten Jahren zugenommen hat, **ist die finanzielle Unterstützung der Geberländer für die Verbesserung des Zugangs von Mädchen und jungen Frauen zu politischen Prozessen immer noch unzureichend**. Die 30 analysierten Geber gaben zusammen zwischen 2014 und 2016 für dieses Thema eine Summe von 403 Millionen US-Dollar ihrer bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) pro Jahr aus. Das entspricht 0,46 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aller Länder. Nur fünf Geber stellten mehr als 1 Prozent ihrer bilateralen ODA für das Thema bereit.

- **Die Fördermittel sind auf einige wenige Geber konzentriert.** Nur fünf Geber (Schweden, Großbritannien, Norwegen, die Institutionen der Europäischen Union und Kanada) stellen mehr als zwei Drittel der gesamten öffentlichen Entwicklungsgelder zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen bereit. Daraus geht hervor, dass einige wenige Geberländer sich finanziell engagieren, die meisten bislang aber nur begrenzt Mittel zur Verfügung stellen.

- **Drei Geberländer – Schweden, Kanada und die Niederlande – wurden aufgrund ihres strategischen Schwerpunkts auf Mädchen und junge Frauen als „Best-Practice-Geberländer“ identifiziert. Andere Geberländer, darunter auch Deutschland, können von ihnen lernen.**
  - Unterstützt durch großes politisches Engagement auf höchster Regierungsebene betreibt insbesondere **Schweden** eine „feministische Außenpolitik“, die spezifisch die politische Teilhabe von Mädchen und Frauen fördert.
  - Im Rahmen der feministischen Entwicklungspolitik (Feminist International Assistance Policy, FIAP) hat **Kanada** die Gleichberechtigung der Geschlechter

[1] Als „Mädchen“ werden in diesem Bericht - in Anlehnung an die UNKinderrechtskonvention - grundsätzlich Personen weiblichen Geschlechts im Alter bis 18 Jahren definiert. „Junge Frau“ bezieht sich auf jede Person weiblichen Geschlechts im Alter von 18 bis 25 Jahren. Diese Definition wird von Plan International verwendet. Eine einheitliche Definition von „Mädchen“ und „jungen Frauen“ existiert nicht.

[2] Politische Teilhabe beschränkt sich nicht nur auf das Stimmrecht oder die Mitarbeit in politischen Parteien. Sie erstreckt sich vielmehr auf alle Lebensbereiche und Segmente der Gesellschaft. Wenn Kinder und Jugendliche partizipieren, werden Mädchen und Jungend darin bestärkt, ihre Meinung zu äußern und informiert an Entscheidungen, die sie betreffen, teilzuhaben.

zur obersten Priorität seiner Entwicklungszusammenarbeit gemacht. Das Land hat zugesagt, 15 Prozent der gesamten bilateralen ODA für Projekte bereitzustellen, die spezifisch auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen abzielen.
  – Die **Niederlande** setzen sich in verschiedenen internationalen Gremien und mit eigenen Initiativen für die Teilhabe von Mädchen und Frauen ein, so zum Beispiel mit der im Jahr 2017 ins Leben gerufenen Bewegung „SheDecides“.

- **Bei genauerer Betrachtung Deutschlands lassen sich sowohl finanzielle als auch politische Verbesserungspotenziale feststellen.** Deutschland ist in absoluten Zahlen das siebtgrößte Geberland (22 Millionen US-Dollar pro Jahr von 2014 bis 2016). Setzt man diese Summe ins Verhältnis zur gesamten öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, fällt Deutschland jedoch auf Rang 19 zurück. In den relevanten Strategien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem übersektoralen Konzept „Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungspolitik“ und dem „Entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020“ (Gender Aktionsplan, GAP), wird zwar hervorgehoben, wie wichtig die politische Teilhabe von Frauen ist, es ist jedoch kein eigenes Budget dafür vorgesehen und Mädchen werden zumeist nicht als eigenständige Zielgruppe betrachtet.

Sieben Empfehlungen an die Bundesregierung

1. **Die finanzielle Unterstützung für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen muss ausgeweitet werden.** Dies muss durch die Ausstattung des Gender Aktionsplans mit einem eigenen Finanzrahmen oder durch die Festlegung einer Quote geschehen, damit sichergestellt ist, dass ein bestimmter Anteil der Fördermittel des BMZ gezielt für die Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen eingesetzt wird.

2. **Mädchen müssen als eigenständige Zielgruppe identifiziert werden**, statt „Frauen und Mädchen“ zu einer Gruppe zusammenzufassen. Bei der nächsten Aktualisierung der Schlüsselstrategien müssen Grundsätze und Maßnahmen aufgenommen werden, die explizit die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen berücksichtigen.

3. **Bei der nächsten Aktualisierung des Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter und des Gender Aktionsplans muss ein inklusiver und transparenter Konsultationsprozess gewährleistet werden.** Der umfassende Konsultationsprozess in Kanada, in den Empfehlungen aus der Zivilgesellschaft und von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis eingeflossen sind, kann hier als Beispiel dienen.

4. **Es muss sichergestellt werden, dass Mädchen und junge Frauen aktiv an der Entwicklung und Implementierung, am Monitoring und an der Evaluierung der Projekte beteiligt werden, die das BMZ fördert.** Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Schwerpunktthema politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation (Participation, Voice, Leadership) auch in Zukunft eine Priorität der jährlichen Road Maps zum Gender Aktionsplan bleibt.

5. **Es müssen mehr Fördermittel für zivilgesellschaftliche Organisationen bereitgestellt werden, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, vor allem für solche mit einem Fokus auf Mädchen und jungen Frauen.** Flexible Fördermechanismen nach dem Modell der niederländischen Regierung schaffen mehr Raum für eine reaktionsschnelle Planung, Pilotvorhaben und Lernerfahrungen.

6. **Die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen muss auf globaler Ebene sichtbarer werden.** Deutschland muss sein Engagement für Mädchen und junge Frauen über seine G7- und G20-Präsidentschaften hinaus aufrechterhalten, zum Beispiel, indem die enge Beziehung zu Frankreich dafür genutzt wird, das Thema prominent auf die Agenda der G7-Präsidentschaft von Frankreich 2019 zu setzen. Darüber hinaus muss das BMZ sich in allen Verhandlungen mit den Partnerländern für die Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einsetzen.

7. **Die Qualität der Daten zu Mädchen und jungen Frauen muss verbessert werden.** Das BMZ muss in allen Projekten, die Gleichberechtigung zum Ziel haben, alle Daten nach Geschlecht und Alter aufschlüsseln (disaggregieren). So können Mädchen und junge Frauen bei der Konzeption und Implementierung von Projekten systematisch als eigenständige Zielgruppe erfasst werden. Darüber hinaus sollten Deutschland und alle anderen Geberländer ihre Berichterstattung an die OECD verbessern, indem die Genderkennungen umfassend genutzt und Projekte genauer beschrieben werden. Dies würde die Vergleichbarkeit fördern und die Überprüfung der Fortschritte hinsichtlich SDG 5 erleichtern.

1. EINLEITUNG

Foto: Plan International

Mädchen und junge Frauen werden – insbesondere in Entwicklungsländern – in ihren politischen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten stark eingeschränkt. Sie haben nur begrenzt Einfluss auf die sozialen Normen und die politischen Entscheidungen, die ihr Leben bestimmen. Oft sind dafür die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien verantwortlich. Arme Familien schicken lieber den Sohn als die Tochter zur Schule. Auch gesellschaftliche Normen verhindern, dass Mädchen und junge Frauen zur Schule gehen und am öffentlichen Leben teilnehmen. Religiöse und kulturelle Wertvorstellungen tragen dazu bei, dass Mädchen und jungen Frauen wenig Bedeutung beigemessen und ihre Stimme selten gehört wird. Politische Strukturen und Strukturen im Rechtssystem erhalten in der Regel diesen Status quo und die Barrieren aufrecht, mit denen Mädchen und junge Frauen konfrontiert sind. Mädchen und junge Frauen bilden heute nach wie vor die am stärksten diskriminierte und ausgeschlossene Gruppe.[1] Ohne ein deutlich stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft wird sich daran nichts ändern.

Mädchen und jungen Frauen eine Stimme zu geben, gehört zu den effektivsten Methoden, um ihr Potenzial als „Agentinnen des Wandels“ freizusetzen. Wenn sie am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben, können Mädchen und junge Frauen Veränderungen bewirken, sowohl in ihrem eigenen Leben als auch in ihrem Umfeld. Politische Teilhabe beschränkt sich nicht nur auf das Stimmrecht oder die Mitarbeit in politischen Parteien. Sie erstreckt sich vielmehr auf alle Lebensbereiche und Segmente der Gesellschaft. Wenn Kinder und Jugendliche partizipieren, werden Mädchen und Jungen darin bestärkt, ihre Meinung zu äußern und informiert an Entscheidungsprozessen teilzuhaben, die sie betreffen. Politische Teilhabe bringt junge Führungspersönlichkeiten hervor. Kinder und Jugendliche werden dazu befähigt, ihre Kraft, ihre Ressourcen und ihre Fähigkeiten in inklusiven Strukturen und Prozessen dafür einzusetzen, andere für gemeinsame soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Programme oder Ziele zu mobilisieren, um durch tiefgreifende Veränderungen Gleichberechtigung und Menschenrechte für alle zu erreichen.

Die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu stärken, unterstützt sie nicht nur dabei, aktiv auf die Themen Einfluss zu nehmen, die sie betreffen. Auch die Sichtweise der Gesellschaft und damit letztlich auch der Regierungen in Bezug auf Mädchen und jungen Frauen als selbstständige Akteurinnen wird sich verändern. Dabei ist besonders wichtig, dass bereits Mädchen politische Teilhabe ermöglicht wird. Dies sind die prägenden Jahre im Leben einer Frau, in denen sie an Selbstvertrauen gewinnt und lernt, dass ihre Meinung etwas wert ist und dass sie von ihrem Recht Gebrauch machen kann, aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Gleichzeitig ist es auch die Zeit, in der Mädchen am stärksten gefährdet sind, ausgebeutet oder Opfer schädlicher Praktiken, wie Kinderehen und weibliche Genitalverstümmelung, zu werden. Die Kind-

heit eines Mädchens ist der richtige Zeitpunkt, um die Aktivistinnen und Führungspersönlichkeiten der Zukunft zu fördern.

Im Januar 2016 ist die UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Kraft getreten. Alle UN-Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet alle 17 Ziele bis 2030 zu erreichen. Eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist darauf fokussiert „Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen" zu verwirklichen (SDG 5). Das Unterziel 5.5 lautet, „die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherzustellen".[3] Darüber hinaus stellen weitere SDGs die Geschlechtergerechtigkeit in den Mittelpunkt.[4] In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt der globalen Anstrengungen für mehr Gleichberechtigung jedoch auf der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen und der Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt. Andere wichtige Bereiche, wie die politische Teilhabe und die Fähigkeit von Mädchen und jungen Frauen, Einfluss auf ihr eigenes Leben zu nehmen, wurden häufig übersehen.

Um die ambitionierten Ziele der Agenda 2030 zu erreichen, müssen alle UN-Mitgliedstaaten ihre Zusagen in die Tat umsetzen. Die Länder sind vorrangig selbst dafür verantwortlich, diese Ziele zu erreichen. Sie müssen geeignete nationale Strategien entwickeln und angemessene Mittel bereitstellen. Aber auch die internationale Gemeinschaft muss ihrer Verpflichtung nachkommen, die auch das Versprechen beinhaltet, sich für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen weltweit einzusetzen.

In dem vorliegenden Bericht werden Beispiele aus der internationalen Gebergemeinschaft für die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen und die Förderung ihrer politischen Teilhabe identifiziert. Darüber hinaus wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einer genaueren Betrachtung unterzogen und es werden Empfehlungen dazu ausgesprochen, wie die Bundesregierung ihr Engagement zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern verbessern kann.

Dieser Bericht beantwortet **zwei Kernfragen**:

1. **Welche guten Beispiele (Best Practices) gibt es in der internationalen Gebergemeinschaft für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern?**

2. **Was tut die Bundesregierung für die Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern, und wie stellt sich das Engagement Deutschlands im Vergleich zu anderen Geberländern dar?**

Der erste Teil des Berichts besteht aus einer Analyse der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von 30 Gebern im Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC, 29 Länder und die Institutionen der EU), um zu untersuchen, wie viele Regierungen einen finanziellen Beitrag zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern leisten. Es wird eine Rangliste nach Beitragshöhe erstellt, und aktuelle Entwicklungen und wesentliche Erkenntnisse aus den jeweiligen Ländern erörtert.

Der zweite Teil des Berichts beginnt mit einer Vorstellung der Geberländer, die sowohl aufgrund ihrer finanziellen Leistung als auch durch ihre Politik einen vorbildlichen Beitrag zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen leisten. Im Anschluss daran wird betrachtet, welchen Beitrag die Bundesregierung zur Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen leistet, und wie dieses Engagement auch im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung im Verhältnis zu anderen Geberländern zu beurteilen ist. Dieser Teil schließt mit Empfehlungen an die Bundesregierung, wie sie in Zukunft in ihren entwicklungspolitischen Strategien und bei der Vergabe von Fördermitteln einen stärkeren Fokus auf die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen legen kann. Auf diese Weise soll der vorliegende Bericht der Bundesregierung Anregungen dazu liefern, wie sie ihr Engagement verstärken kann, um das Potenzial von 1,3 Milliarden Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern, die Zukunft aktiv mitzugestalten, tatsächlich zu nutzen.[II]

[3] Die Unterziele von SDG 5 mit unmittelbarer Relevanz für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen sind das Ziel 5.5 „ Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen", 5.b „Die Nutzung von Grundlagentechnologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, verbessern, um die Selbstbestimmung der Frauen zu fördern", und 5.c „Eine solide Politik und durchsetzbare Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen auf allen Ebenen beschließen und verstärken".

[4] SDG 16 Unterziel 16.7 enthält die Verpflichtung, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist. Die Festlegung, dass niemand aus dem politischen Prozess ausgeschlossen werden sollte, beinhaltet auch, dass Mädchen und jungen Frauen die Teilnahme gestattet werden muss.

MAYRA: MÄDCHEN KÖNNEN ALLES ERREICHEN!

Mayra (21) ist Aktivistin für die Rechte der Mädchen in Guatemala. Die junge Frau zeigt, was eine gezielte Förderung von Führungskompetenzen bewirken kann. Am ersten Welt-Mädchentag hält sie, gerade einmal 13 Jahre alt, eine Rede vor den Abgeordneten im Kongress von Guatemala. Aufrecht und stark berichtet sie von den täglichen Diskriminierungen indigener Mädchen und fordert die Politikerinnen und Politiker ihrer Heimat entschlossen auf, endlich mehr in die Bildung von Mädchen zu investieren.

Ihr Auftritt zum Start von Because I am a Girl – der Bewegung von Plan International für Gleichberechtigung – im Oktober 2012 ist eines der Erlebnisse, an das sich die heute 21-Jährige gern erinnert. Reden zu halten, ist ihre große Leidenschaft. Seit ihrem dreizehnten Lebensjahr nimmt sie an Projekten der Kinderrechtsorganisation teil. Ziemlich schnell wird ihr bewusst, dass dies ihre Entwicklung fördert und ein Türöffner ist: „Ich konnte Ideen vorschlagen und austauschen, andere Menschen treffen, viel Neues lernen und meine Realität verändern! Mir wurde klar, dass es eine andere Welt gibt – da draußen!“

Früh erwachsen

Mayra ist Angehörige der Volksgruppe Q’eqchi und lebt in Alta Verapaz, fünf Autostunden nördlich der Hauptstadt. Geboren wird sie kurz nach dem Ende des Bürgerkriegs, in dem vor allem die Maya-Bevölkerung Ziel grausamer Verbrechen war. Der Vater verließ die Familie, da war Mayra gerade einmal fünf. Früh lernt sie, Verantwortung zu übernehmen und ihre alleinerziehende Mutter und ihre Geschwister zu unterstützen. Sie ist ihr eine große Hilfe, doch das Geld ist oft knapp.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Trotz aller Widrigkeiten geht Mayra ihren Weg. Mit zwölf wird sie erstmals zum Treffen eines Kinderclubs von Plan International eingeladen. Schon ein halbes Jahr später wählen 2.000 Mädchen und Jungen sie in den Kinder- und Jugendrat zur Entwicklung des Bezirks[1]. Für die Tätigkeit in diesem Gremium wird die 13-Jährige mit Gleichaltrigen geschult und erfährt, welche Rechte und nationalen Gesetze Kinder und Jugendliche schützen. Sie lernt, Verstöße zu erkennen und anzusprechen, Strategien und Aktionspläne zu erstellen und mit den erwachsenen Bezirksvertretern nach Lösungen zu suchen.

Analog zu den Entwicklungsräten auf kommunaler Ebene (COCODE)[2], in denen Gemeindemitglieder, staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind, hat Plan International 2010 die **COCODITOS**[3] ins Leben gerufen – Kinder- und Jugend-Entwicklungsräte, die sich aktiv an den Entscheidungen ihrer Gemeinden beteiligen. Die politische Arbeit im Team und die erworbenen Kompetenzen stärken insbesondere das Selbstwertgefühl der Mädchen.[4]

Foto: Andrea Aragon

Sprecherin von *Because I am a Girl*

Mayra erlebt im Entwicklungsrat, dass sie gesellschaftliche Prozesse beeinflussen kann. Die übrigen Kinder- und Jugendräte sind beeindruckt von ihrer Reife und Ernsthaftigkeit. Dass Mädchen vor Erwachsenen, insbesondere Männern ihre Meinung äußern, ist in Guatemala alles andere als üblich. In dem kleinen zentralamerikanischen Land ist patriarchalisch geprägte, geschlechtsspezifische Gewalt weit verbreitet. „Als indigene Mädchen werden wir auf der Straße oft von Männern belästigt und können uns nicht so frei bewegen wie Jungen“, meint Mayra. „Wir leben nicht an einem

[1] Consejo Municipal de la Niñez y Adolescencia

[2] COCODE = Consejo Comunitario de Desarrollo Urbano y Rural. Das System der Entwicklungsräte wurde im April 2002 in Guatemala gesetzlich eingeführt. Es ist das Ergebnis des Friedensabkommens und entspricht einer der Verpflichtungen, die im Abkommen über sozioökonomische Aspekte und die Lage der Landwirtschaft festgelegt wurden.

[3] COCODITOS = Comités Comunitarios para el Desarrollo de niños, niñas y jóvenes.

[4] Magisterarbeit „Participación infantil“ von María Emilia Numer, Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften FLASCO, März 2015

Ort, an dem wir uns sicher fühlen.“ Weil sie dies ändern möchte, engagiert sie sich ab 2012 als Sprecherin für Because I am a Girl. In einer achtmonatigen Schulung vor dem Start der Plan-Bewegung erwirbt sie Führungskompetenzen. Sie versteht es, andere zu motivieren.

Ihre Rede im nationalen Parlament zum ersten Welt-Mädchentag bleibt nicht ohne Folgen. 2014 wird sie von der Britischen Botschafterin zum Weltgipfel gegen sexuelle Gewalt in Konfliktgebieten eingeladen. Es ist ihre erste Auslandsreise, und sie ist besonders stolz auf ein Projekt, welches sie kurz zuvor selbst entwickelt hat und in London vorstellen darf. Es handelt sich um ein Training gegen geschlechtsspezifische Gewalt, welches sie mit Experten staatlicher Institutionen und Jugendlichen in zwei Monaten umgesetzt hat. Es sorgt dafür, dass 1.500 Minderjährige sowie Gemeindeführerinnen und Gemeindeführer in ihrem Bezirk über das Thema aufgeklärt werden.

Einsatz gegen Frühverheiratung

Entschlossen ist sie auch im Einsatz gegen Kinderehen. Es macht sie traurig, dass 30 Prozent der Mädchen in ihrer Heimat bereits mit 18 Jahren verheiratet sind[5] und es so viele Teenager-Schwangerschaften gibt. „In meiner Gemeinde setzen viele Mädchen ihre Ausbildung nach der Grundschule nicht fort. Ihre Eltern wollen, dass sie zu Hause bleiben und sich um das Haus kümmern“, sagt Mayra. „Sie glauben, dass Mädchen einfach heiraten, Hausarbeiten erledigen und Kinder haben sollten.“

Gemeinsam mit Freundinnen ruft sie Angehörige, Nachbarn und Bekannte auf, sich für ein Verbot von Kinderehen einzusetzen und bittet sie, eine Petition für eine Gesetzesänderung zu unterschreiben. Die Mädchen organisieren Diskussionsrunden und informieren über die traurigen Fakten und ihre Folgen. Auch in den Sozialen Medien rufen sie dazu auf, ihr Anliegen zu

Foto: Andrea Aragon

unterstützen. Schließlich hebt der Kongress von Guatemala im Mai 2017 das Mindestalter für Eheschließungen auf 18 Jahre an. „Als ich hörte, dass sie das neue Gesetz angenommen hatten, fühlte ich so viel Glück. Ich sammelte Unterschriften und war Teil eines Teams von Menschen, die Veränderungen herbeigeführt hatten, ich war so stolz“, erklärt Mayra.

Mayras Zukunftspläne

Aus dem einst stillen Mädchen ist eine engagierte Aktivistin für die Rechte von Mädchen geworden. Mayra weiß, dass sie im Leben erreichen kann, was sie sich vorgenommen hat. Und das ist einiges. Mit Unterstützung von Plan International konnte sie die weiterführende Schule besuchen und ihr Abitur machen. Jetzt möchte sie studieren. Sie träumt von einer eigenen Anwaltskanzlei und möchte Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler unterstützen.

„Meine Welt ist größer geworden“

„Nichts ist einfach“, weiß die 21-Jährige. „Aber das Wichtigste ist, den Willen, die Absicht, die Initiative zu haben und an sich selbst zu glauben. Denn wenn man das nicht tut, wird es niemand anderes tun.“

Foto: Andrea Aragon

Basierend auf den Erfahrungen mit Mädchen wie Mayra sowie mit weiteren Projekten hat Plan International Deutschland das globale Programm Girls Lead gestartet. Durch Girls Lead werden Organisationen und Netzwerke von Jugendlichen und insbesondere von Mädchen und jungen Frauen gestärkt und ihre politischen Beteiligungsmöglichkeiten erweitert. Damit leisten die Jugendlichen einen wichtigen Beitrag, um die Gleichberechtigung von Mädchen, Jungen und Jugendlichen zu verwirklichen. Girls Lead wird Säule der Programmarbeit in Asien, Afrika und Lateinamerika.

[5] UNICEF-Report 2018

2. ANALYSEMETHODEN

Um die Frage zu beantworten, in welchem Umfang die internationale Gebergemeinschaft und besonders die Bundesregierung die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern fördert, wurde die folgende Methodologie angewendet:

1. Quantitative Analyse: Analyse der OECD-Daten, um die finanzielle Förderung der Geberländer für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu beurteilen

Zunächst wurde eine quantitative Analyse der bilateralen ODA durchgeführt, um zu untersuchen, welchen finanziellen Beitrag die Regierungen zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern leisten. Für die Analyse wurden die Mikro-Datensätze aus dem Meldeverfahren des OECD-DAC (Creditor Reporting System, CRS) eingesetzt. Die Zuflüsse an öffentlichen Entwicklungsgeldern der 29 Länder und der EU-Institutionen wurden über einen Zeitraum von drei Jahren betrachtet (von 2014 bis 2016). Alle ODA-Ströme sind mit den Kursen von 2016 angegeben, wodurch Inflation und Wechselkursschwankungen im Laufe der Jahre berücksichtigt werden und eine Vergleichbarkeit im jeweiligen Zeitraum sichergestellt ist.

Die Analyse erfolgte in drei Schritten:

I) Identifizierung von Projekten mit einem Fokus auf politischer Teilhabe

Im ersten Schritt wurden Projekte identifiziert, die unmittelbar auf politische Teilhabe abzielen. Um die Höhe der für die Stärkung politischer Teilhabe eingesetzten Fördermittel zu ermitteln, wurden die relevanten Subsektoren des OECD-CRS-Sektors „Staat und Zivilgesellschaft“ (151) herangezogen. Innerhalb dieses Sektors wurden fünf Subsektoren als stellvertretend für politische Teilhabe ausgewählt: „Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft“ (15150), „Medien und freier Informationsfluss“ (15153), „Menschenrechte“ (15160), „Organisationen und Institutionen zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau“ (15170) und „Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden“ (15180).[5]

Aus diesen Subsektoren lässt sich ableiten, wie viele Maßnahmen und Vorhaben von den Geberländern spezifisch für die Stärkung von politischer Teilhabe, oder zum Abbau struktureller Barrieren, die diese verhindern, durchgeführt werden. Drei Subsektoren betreffen unmittelbar die Teilhabe an politischen Prozessen und am öffentlichen Leben („Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft“, „Medien und freier Informationsfluss“ und „Organisationen und Institutionen zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau“). Die anderen beiden Subsektoren („Menschenrechte“ und „Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden“) beziehen sich auf Projekte zur Beseitigung weiterreichender struktureller Barrieren und zur Schaffung eines förderlichen Umfelds für politische Teilhabe. Bedingt durch die Beschränkung der Analyse auf diese fünf Subsektoren bleiben Vorhaben in anderen Sektoren (wie Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit usw.) unberücksichtigt, die möglicherweise ebenfalls Teilhabe fördern. Die untersuchten Subsektoren können aber erste Hinweise liefern, welches Gewicht das Thema auf der politischen Agenda innehat.

II) Identifizierung von Projekten mit einem Fokus auf Gleichberechtigung der Geschlechter

Um zu bestimmen, welcher Anteil der im ersten Schritt identifizierten Fördermittel zur Gleichberechtigung der Geschlechter beiträgt, wurden die Projekte nach der OECD Genderkennung gefiltert. Aus der Kennung ergibt sich, ob ein Projekt Gleichberechtigung als Hauptziel verfolgt (Genderkennung GG2), oder ob Gleichberechtigung zwar ein wichtiges und beabsichtigtes Ziel darstellt, aber nicht der Hauptgrund für die Durchführung des Vorhabens ist (Genderkennung GG1). Alle von den Geberländern mit dieser Kennung (GG1 oder GG2) gekennzeichneten Vorhaben wurden verwendet, um Projekte mit einem Fokus auf Gleichberechtigung zu identifizieren. Alle Projekte, die nicht auf Gleichberechtigung abzielen (GG0) oder bei denen keine Genderkennung angegeben wurde („ohne Angabe“), wurden von der weiteren Analyse ausgeschlossen.[6]

[5] Der Subsektor „Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden“ (15180) wurde erst 2016 eingeführt, daher liegen nur Daten für 2016 vor. Anhang 2 enthält eine vollständige Beschreibung der fünf Subsektoren.

[6] Auch wenn es möglich ist, dass unter den Projekten „ohne Angabe“ auch Projekte waren, die für das Thema relevant sind, repräsentierten diese nur einen geringen Anteil (3 Prozent) der Fördermittel, die dem Thema in dem betrachteten Zeitraum von drei Jahren insgesamt zuflossen. Darüber hinaus wurden diese Projekte von der Analyse ausgeschlossen, weil die fehlende Genderkennung darauf hinweist, dass die Geber der Nachverfolgung ihrer für die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter bereitgestellten Mittel keine besondere Bedeutung beimessen und alle Vorhaben individuell auf ihre Relevanz für das Thema hätten überprüft werden müssen. Nähere Angaben hierzu finden sich im Abschnitt „Methodische Einschränkungen“.

III) Identifizierung von Projekten mit einem Fokus auf Mädchen und junge Frauen

Die Genderkennung gibt zwar an, ob ein Projekt auf Gleichberechtigung abzielt, es lässt sich daraus aber nicht schließen, inwiefern das Projekt spezifisch Mädchen und junge Frauen fördert. Zu diesem Zweck wurden alle Projekte, die Gleichberechtigung als Hauptziel (GG2-Kennung) oder als Nebenziel hatten (GG1-Kennung), nach bestimmten Stichwörtern durchsucht, um nur Projekte zur politischen Teilhabe mit einem spezifischen Fokus auf Mädchen und junge Frauen zu identifizieren. Bei der Suche wurden unter anderem folgende Stichwörter verwendet: girl, child, kids, youth, young, adolescent, teen, daughter, minor und juvenile.[7]

Da die Geber der OECD in verschiedenen Sprachen über ihre Projekte berichten, wurde die Suche auf Englisch, Deutsch, Französisch und Spanisch durchgeführt. Andere Sprachen wurden ausgeschlossen, da sich bei anfänglichen Tests herausstellte, dass bei einer Durchführung der Stichwortsuche in den vier vorgenannten Sprachen nur eine unerhebliche Anzahl von Projekten nicht gefunden wurde.

2. Qualitative Analyse: Dokumentenanalyse und Expertenbefragungen, um Länder mit guten Praxisbeispielen zu identifizieren und zu untersuchen

Im zweiten Schritt wurde eine qualitative Analyse durchgeführt. Die Geberländer wurden zunächst auf der Grundlage ihres finanziellen Beitrags zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ausgewählt. Zweitens wurden die relevanten entwicklungspolitischen Strategien und Initiativen der Geberländer daraufhin untersucht, ob die Länder mit dem höchsten finanziellen Beitrag auch über praktische Verfahren zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen verfügen. Im Rahmen einer Dokumentenanalyse wurden die wesentlichen Schlüsseldokumente der Regierungen daraufhin überprüft, inwieweit die relevanten Strategien sich mit diesem Thema befassen. Außerdem wurden teilstrukturierte Interviews mit internationalen Expertinnen und Experten sowie Fachkräften und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus ausgewählten Geberländern durchgeführt, um festzustellen, in welchen dieser Länder konsequent die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern umgesetzt wird.[8]

Die qualitative Analyse konzentrierte sich auf die folgenden Kernfragen:

I) Nationale Strategien: Inwieweit ist die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in den übergeordneten entwicklungspolitischen Ansätzen und Strategien des Landes berücksichtigt?

II) Engagement und besondere Initiativen auf globaler Ebene: Führt das Land Leitinitiativen auf globaler Ebene durch, zum Beispiel im Rahmen der UN, G7, G20 oder anderer internationaler Foren?

III) Bilaterale Programme und Implementierung: Gibt es besonders erfolgreiche Projekte oder Implementierungs- oder Evaluierungsansätze, die besonders hervorzuheben sind?

Basierend auf der quantitativen Analyse, der Dokumentenanalyse und den Interviews wurden drei Best-Practice-Geberländer im Bereich der Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ausgewählt. Die Auswertung ergab, dass es sich dabei um Schweden, Kanada und die Niederlande handelt.

3. Methodische Einschränkungen

Bei der finanziellen Analyse sind verschiedene Einschränkungen zu berücksichtigen. Die Wichtigste ist, dass das OECD Creditor Reporting System für politische Teilhabe keinen eigenen Subsektor vorsieht. Im Rahmen des vorliegenden Berichts war es nicht möglich, das gesamte OECD CRS zu filtern, um alle Projekte in sämtlichen Sektoren zu identifizieren, die auch, aber nicht primär auf politische Teilhabe abzielen. Stattdessen wurden fünf Subsektoren des Sektors „Staat und Zivilgesellschaft“ ausgewählt und stellvertretend für politische Teilhabe herangezogen. Die in diesem Bericht ermittelte finanzielle Unterstützung der Geberländer für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen sollte daher als Näherungswert betrachtet werden.

Zweitens sind die aktuellsten in der OECD-Datenbank abrufbaren sektorspezifischen Daten aus dem Jahr 2016. In den Zahlen sind daher keine jüngeren Entwicklungen berücksichtigt, die in den einzelnen Geberländern gegebenenfalls eingetreten sein können. Zum Beispiel ist es möglich, dass Kanada seit der Einführung der feministischen Außenpolitik im Jahr 2017 mehr Fördermittel für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen bereitgestellt hat. Im Gegensatz dazu,

[7] Anhang 3 enthält eine Liste aller verwendeten Stichwörter.

[8] Eine Liste der befragten Expertinnen und Experten ist im Anhang 1 enthalten.

stellte sich in den Interviews heraus, dass der Beitrag Großbritanniens aufgrund einer Verschiebung der Prioritäten seit 2016 signifikant gesunken ist.

Drittens stützt sich dieser Bericht auf die eigenen Angaben der Geberländer gegenüber der OECD im Rahmen des Selbstmeldeverfahrens. Dadurch bedingt kommt es zu Unterschieden in der Länge der Projektbeschreibungen: Geberländer, die (wie zum Beispiel Frankreich) in der Regel kürzere Projektbeschreibungen bevorzugen, erscheinen bei der Suche nach Schlüsselbegriffen wahrscheinlich seltener. Unterschiede in der verwendeten Terminologie führen dazu, dass einige Projekte (trotz anfänglicher Tests) ausgelassen wurden, und Schreibfehler in den Projektbeschreibungen könnten zu einer geringeren Trefferzahl geführt haben. Auch Unterschiede bei der Häufigkeit und im Hinblick auf den verwendeten Ansatz bei der Vergabe der Genderkennungen könnten sich darauf auswirken, welche Fördermittelsummen für die Unterstützung von Gleichberechtigung berücksichtigt werden und somit das Ergebnis der Sichtwortsuche beeinflussen. Darüber hinaus wurden alle Projekte ausgeschlossen, die in Bezug auf die Genderkennung „ohne Angabe“ waren, wodurch möglicherweise einige für das Thema relevante Projekte unberücksichtigt geblieben sind.

Abschließend wurden auch Kernbeiträge der Geberländer an multilaterale Institutionen von der Analyse ausgeschlossen, da sich der jeweilige mutmaßliche Beitrag zum Thema kaum beziffern lässt beziehungsweise kaum nachzuvollziehen ist, welcher Teil der bereitgestellten Mittel exakt diesem Thema zugewiesen wurden. Daraus folgt, dass die Summe aller von den Geberländern zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen bereit gestellten Fördermittel wahrscheinlich höher ist, als die in diesem Bericht angegebenen Zahlen zur bilateralen ODA.

Die EU-Institutionen werden in diesem Bericht als Geberinnen aufgeführt, obwohl es sich bei der EU nicht um ein Land handelt. Die EU-Institutionen sind die viertgrößte Geberin im OECD-DAC (gemessen an der Netto-ODA im Jahr 2017). Ihr Haushalt wird von den Mitgliedstaaten gestellt. Die Beiträge der EU-Institutionen zum Thema könnten also indirekt den Beiträgen der Mitgliedstaaten zugerechnet werden.

3. DAS ENGAGEMENT DER INTERNATIONALEN GEBERGEMEINSCHAFT

Um die Best Practices der internationalen Gebergemeinschaft für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern zu untersuchen, besteht der erste Teil dieses Berichts aus einer Analyse der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von 30 OECD-DAC-Gebern. Durch die Untersuchung und Analyse der für das Thema relevanten Entwicklungsprojekte konnten die Höhe der finanziellen Zusagen, aktuelle Trends und die wichtigsten Akteurinnen und Akteure identifiziert werden.

Die Analyse hat Folgendes ergeben:

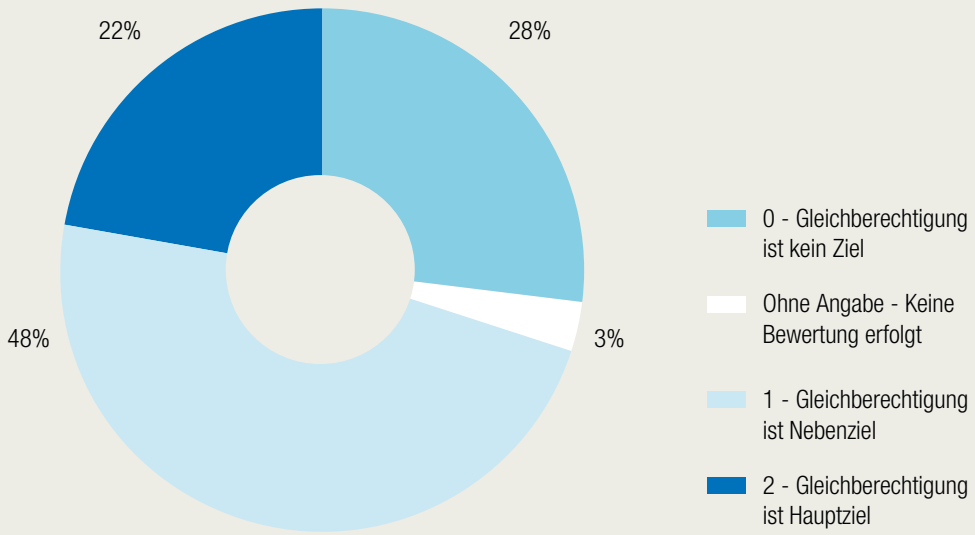
Die Unterstützung der Geberländer zur Stärkung der politischen Teilhabe ist nicht ausreichend auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen fokussiert.

Nur 22 Prozent der zwischen 2014 und 2016 bereitgestellten Fördermittel für Bereiche, die sich auf politische Teilhabe beziehen, wurden Projekten zugewiesen, die Gleichberechtigung als Hauptziel haben (GG2). In Anbetracht der erheblichen Barrieren, mit denen Mädchen und junge Frauen konfrontiert sind, wenn es um politische Teilhabe geht, ist dieser Anteil verhältnismäßig gering.

Weitere 48 Prozent der Fördermittel wurden für Projekte bereitgestellt, in denen Gleichberechtigung eins von mehreren Nebenzielen darstellte (GG1). Insgesamt hatten also über zwei Drittel (70 Prozent) aller Projekte Gleichberechtigung als Haupt- oder Nebenziel. 27 Prozent der Mittel wurden Projekten zugeteilt, in denen Gleichberechtigung kein Ziel war (GG0). 3 Prozent waren nicht mit einer Genderkennung versehen („ohne Angabe“) – siehe Abbildung 1.[9]

ABBILDUNG 1

Bilaterale ODA für Projekte zur politischen Teilhabe nach Gender-Fokus (2014-2016)

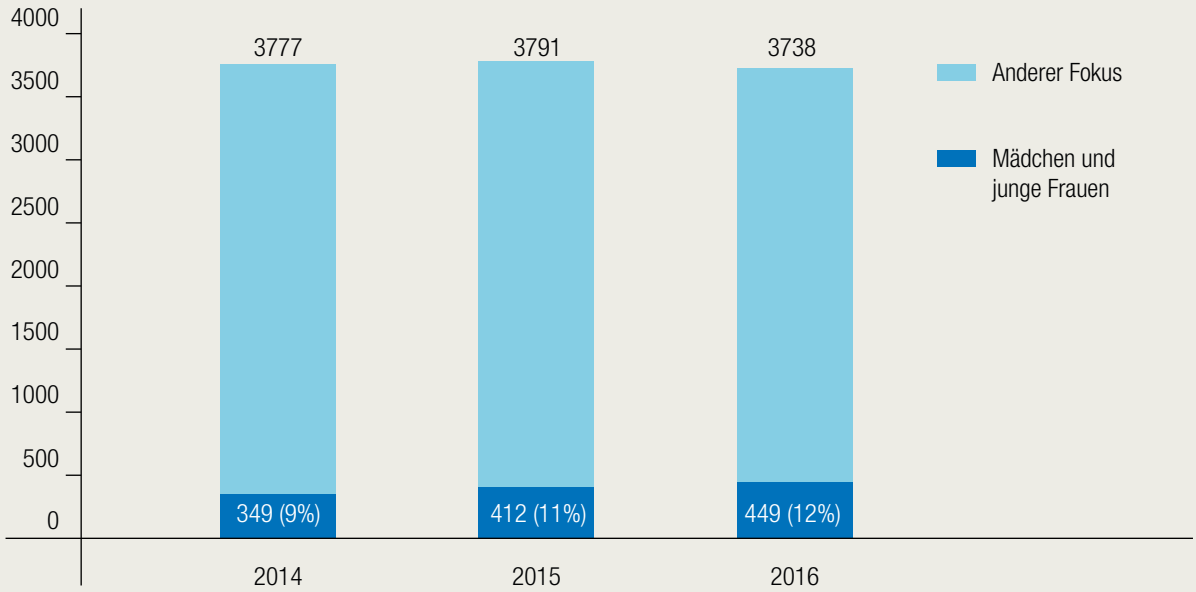


Quelle: OECD Creditor Reporting System. Umfast die Fördermittel von 30 DAC-Gebern.

[9] Bei Betrachtung der Projektanzahl ergibt sich eine andere Verteilung. 57 Prozent aller Projekte hatten Gleichberechtigung als Haupt- oder Nebenziel (23 Prozent GG2, 34 Prozent GG1). Das heißt, dass die Projekte mit GG1-Kennung eine vergleichsweise höhere Finanzierung zukommt.

ABBILDUNG 2

Bilaterale ODA für politische Teilhabe mit Fokus auf Mädchen und junge Frauen (in Mio. USD als Anteil an der gesamten bilateralen ODA für politische Teilhabe, 2014-2016)



Quelle: Schätzungen von Seek auf Grundlage des OECD Creditor Reporting System

Die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und Jungen Frauen ist kein Finanzierungsschwerpunkt

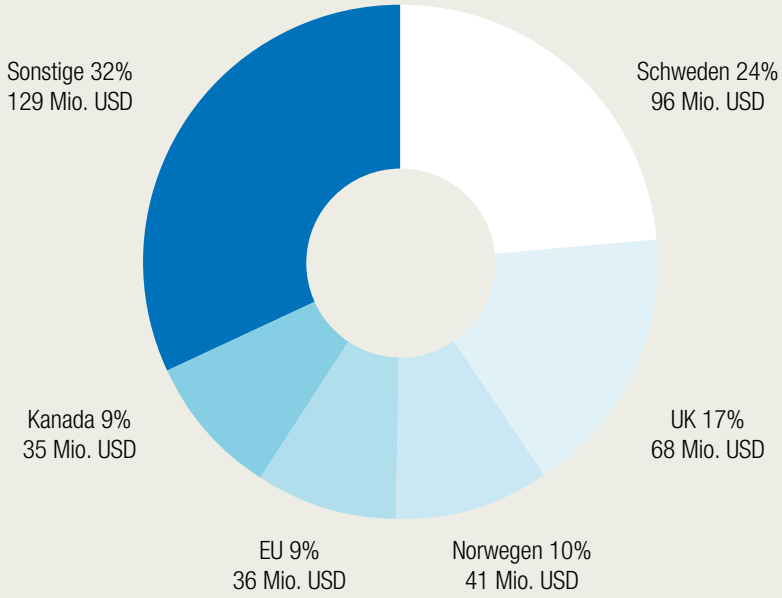
Obwohl die politische Teilhabe von Frauen von der internationalen Gebergemeinschaft auf politischer Ebene zunehmend thematisiert wird, ist die Unterstützung für eine Verbesserung des Zugangs von Mädchen und jungen Frauen zu politischen Prozessen unzureichend. Insgesamt gaben die 29 OECD-DAC-Geberländer und die EU-Institutionen für dieses Thema pro Jahr eine Summe von 403 Millionen US-Dollar aus, das entspricht 0,46 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (jährliche Beiträge siehe Abbildung 2). Lediglich 11 Prozent der gesamten Fördermittel für politische Teilhabe waren spezifisch Mädchen und jungen Frauen gewidmet. Dies unterstreicht, wie stark unterfinanziert die Anstrengungen sind, um Mädchen und jungen Frauen zu politischer Selbstbestimmung zu verhelfen.

Es gibt aber auch Fortschritte. In dem dreijährigen Zeitraum verzeichnete die finanzielle Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ein progressives Wachstum. Während noch im Jahr 2014 alle Geberländer dem Bereich insgesamt 349 Millionen US-Dollar zuwiesen, stieg diese Summe im Jahr 2016 auf 449 Millionen US-Dollar, was einem Anstieg um 28 Prozent entspricht (siehe Abbildung 2). Für den Großteil dieses Wachstums sind acht Geber verantwortlich (Kanada, die EU-Institutionen, Deutschland, Japan, Schweden, Spanien, die Schweiz und Großbritannien). Insgesamt stockten 15 von den 30 in diesem Bericht betrachteten OECD-DAC-Gebern zwischen 2014 und 2016 ihre Fördermittel auf.

Der überwiegende Teil der Fördermittel für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen stammt von einigen wenigen Geberländern. Zwischen 2014 und 2016 wurden über zwei Drittel (68 Prozent) der gesamten Fördermittel von fünf Gebern bereitgestellt:

ABBILDUNG 3

Wichtigste Geberländer für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen (durchschnittliche Fördervolumen und Anteil an der Gesamtsumme 2014-2016)



Quelle: Schätzungen von SEEK Development auf der Grundlage des OECD-Creditor Reporting System.

Schweden, Großbritannien, Norwegen, den EU-Institutionen und Kanada (siehe Abbildung 3). Diese Aufteilung ist in dem betrachteten Dreijahreszeitraum im Wesentlichen unverändert geblieben.

Einige haben ihre Fördermittel im Zeitraum 2014 bis 2016 noch einmal deutlich aufgestockt, vor allem Schweden, Großbritannien, Kanada und die EU-Institutionen (siehe Abbildung 4). Die einzige Ausnahme bildet Norwegen.

Eine solche Konzentration der Fördermittel auf einige wenige Akteurinnen und Akteure bewirkt, dass eine starke Abhängigkeit von der fortgesetzten Unterstützung dieser Geber besteht. Dementsprechend kann ein Regierungswechsel, eine Veränderung der politischen Strategien oder der finanziellen Prioritäten in diesen Geberländern maßgebliche Auswirkungen auf die Fördermittel haben, die insgesamt für Mädchen und junge Frauen zur Verfügung stehen.

Nur fünf Geber widmen mehr als 1 Prozent ihrer öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen

Die skandinavischen Länder und Kanada leisten im Verhältnis zu ihrer gesamten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit den größten Beitrag zugunsten der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen. Betrachtet als Anteil der gesamten bilateralen ODA stellen Schweden, Finnland, Norwegen, Kanada und Island jeweils mehr als 1 Prozent ihrer ODA für die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zur Verfügung. Schweden (2,4 Prozent) und Finnland (2 Prozent) widmen als einzige Länder mehr als 2 Prozent ihrer gesamten bilateralen ODA der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen (im Durchschnitt von 2014 bis 2016). Bei allen anderen Ländern sind es unter 1 Prozent (siehe Abbildung 5).

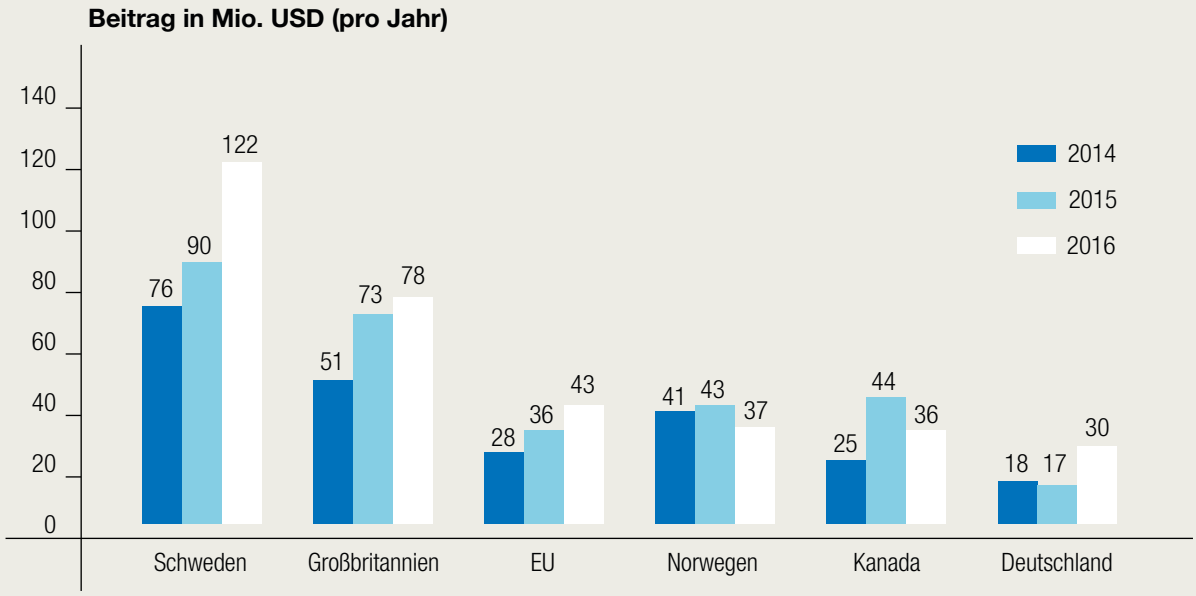
Deutschland stellt in absoluten Zahlen die siebtgrößte Summe für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen, fällt jedoch zurück, wenn man die Förderung im Verhältnis zur gesamten Entwicklungszusammenarbeit betrachtet

Zwischen 2014 und 2016 lag Deutschland mit einem durchschnittlichen Beitrag von 22 Millionen US-Dollar pro Jahr für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen auf Rang 7. Die Fördermittel der Bundesregierung nahmen im Laufe des analysierten Zeitraums zu. Im Jahr 2016 wies Deutschland dem Thema insgesamt 31 Millionen US-Dollar zu, was einer Erhöhung um 65 Prozent gegenüber 2014 entspricht, als die Summe der Fördermittel noch 18 Millionen US-Dollar betrug.

Diese Beträge sind jedoch immer noch verhältnismäßig gering, wenn man den Haushalt des BMZ betrachtet. Nur 0,13 Prozent der deutschen bilateralen ODA werden in die Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen investiert (siehe Abbildung 5 und vollständige Liste in Anhang 4). Somit befindet sich Deutschland von den 30 analysierten DAC-Gebern auf Rang 19.

ABBILDUNG 4

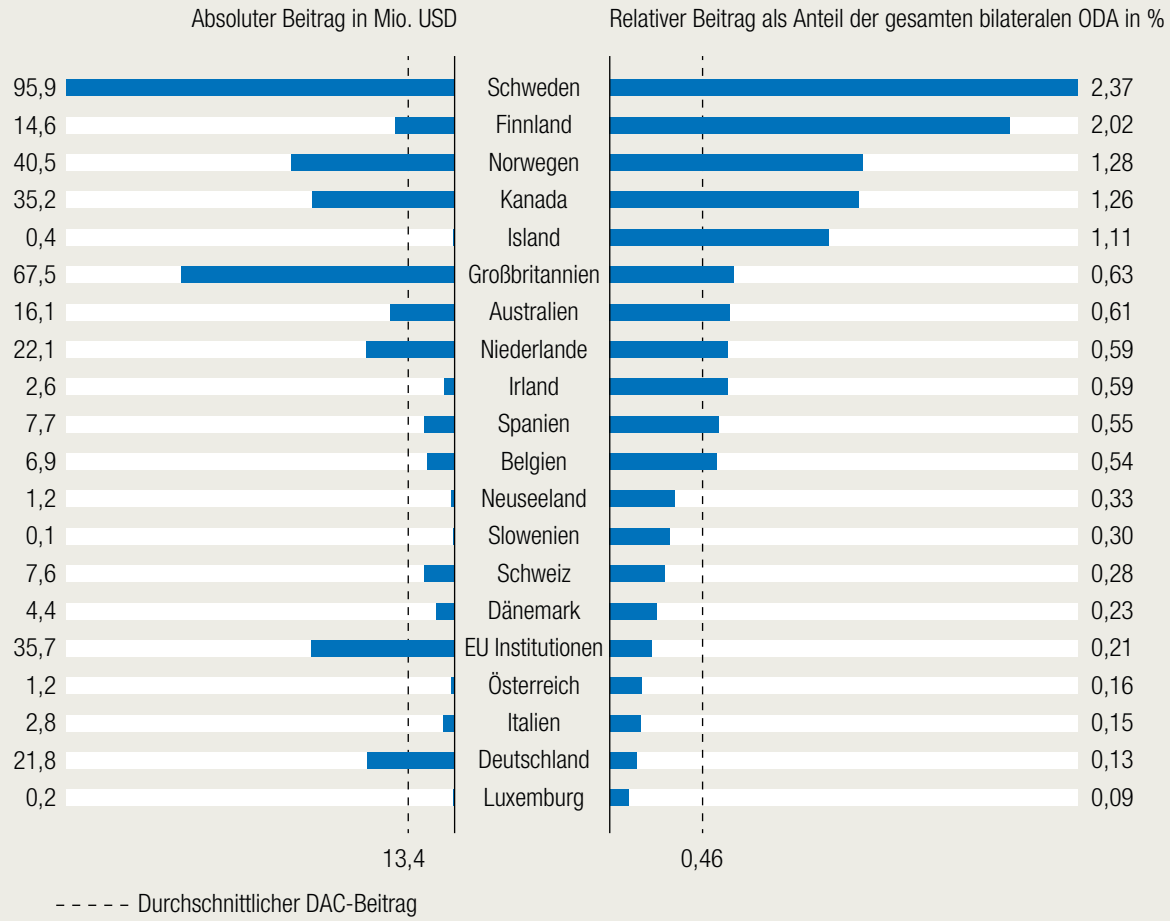
Wichtigste Geberländer für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen (in Mio. USD, 2014-2016)



Quelle: Schätzungen von SEEK Development auf der Grundlage des OECD-Creditor Reporting System.

ABBILDUNG 5

Top 20 der DAC-Geber für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen (2014-2016)



Quelle: Schätzungen von SEEK Development auf der Grundlage des OECD-Creditor Reporting System.

Die meisten Fördermittel der Geberländer werden Maßnahmen zugewiesen, die unmittelbar die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen fördern, sowie menschenrechtsbezogenen Maßnahmen

Aus einer Analyse der Projekte in den fünf OECD-Subsektoren geht hervor, dass der größte Teil der Fördermittel zwischen 2014 und 2016 Projekten zugeflossen ist, die sich an die demokratische Partizipation von Mädchen und jungen Frauen richteten.

Diese Projekte erhielten im jährlichen Durchschnitt über ein Drittel (34 Prozent) aller Fördermittel, direkt gefolgt von Projekten, deren Fokus auf einer Stärkung der Menschenrechte lag (32 Prozent). Durchschnittlich ein Viertel der Fördermittel (24 Prozent) wurde zur Unterstützung von NROs zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau verausgabt. Die übrigen Mittel wurden für Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen (9 Prozent) und zur Förderung der Medien und des freien Informationsflusses (1 Prozent) eingesetzt.

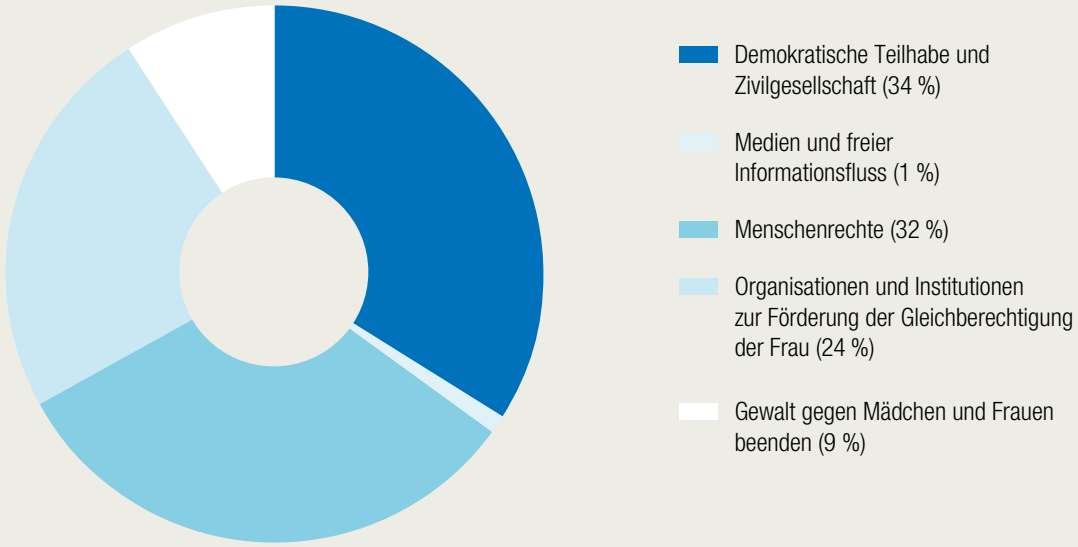
Die meisten Fördermittel für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen fließen nach Subsahara-Afrika

Subsahara-Afrika erhält kontinuierlich den Großteil der Fördermittel zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen. Von 2014 bis 2016 flossen im Durchschnitt 37 Prozent der Fördermittel in diese Region. Fast ein Fünftel (19 Prozent) ging nach Asien. Einen erheblich geringeren Anteil der Fördermittel erhielten darüber hinaus der Nahe Osten und Nordafrika (10 Prozent), Nord- und Zentralamerika (5 Prozent), Europa (4 Prozent), Südamerika (3 Prozent) und Ozeanien (1 Prozent).[10]

Diese Verteilung spiegelt die entwicklungspolitischen Prioritäten der Geberländer wieder. In Afrika südlich der Sahara befindet sich eine große Anzahl von Ländern mit geringem Einkommen, und die junge Bevölkerung gehört zu den am schnellsten wachsenden der Welt. Darüber hinaus sind viele Geberländer zunehmend auf Krisen und die Ursachen von Migration und Vertreibung in der Region fokussiert. Diese und weitere Faktoren führen zu vermehrten Investitionen in die wachsende junge Bevölkerung und die Förderung der Demokratie in Subsahara-Afrika. So wurden von jedem der fünf wichtigsten Geber aus dem Jahr 2016 pro Jahr mindestens 26 Prozent der Fördermittel für Vorhaben zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in dieser Region vorgesehen.

ABBILDUNG 6

Fördermittel für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen, Aufschlüsselung nach Fokus (Durchschnittliche jährliche Mittelzuweisung, 2014-2016)

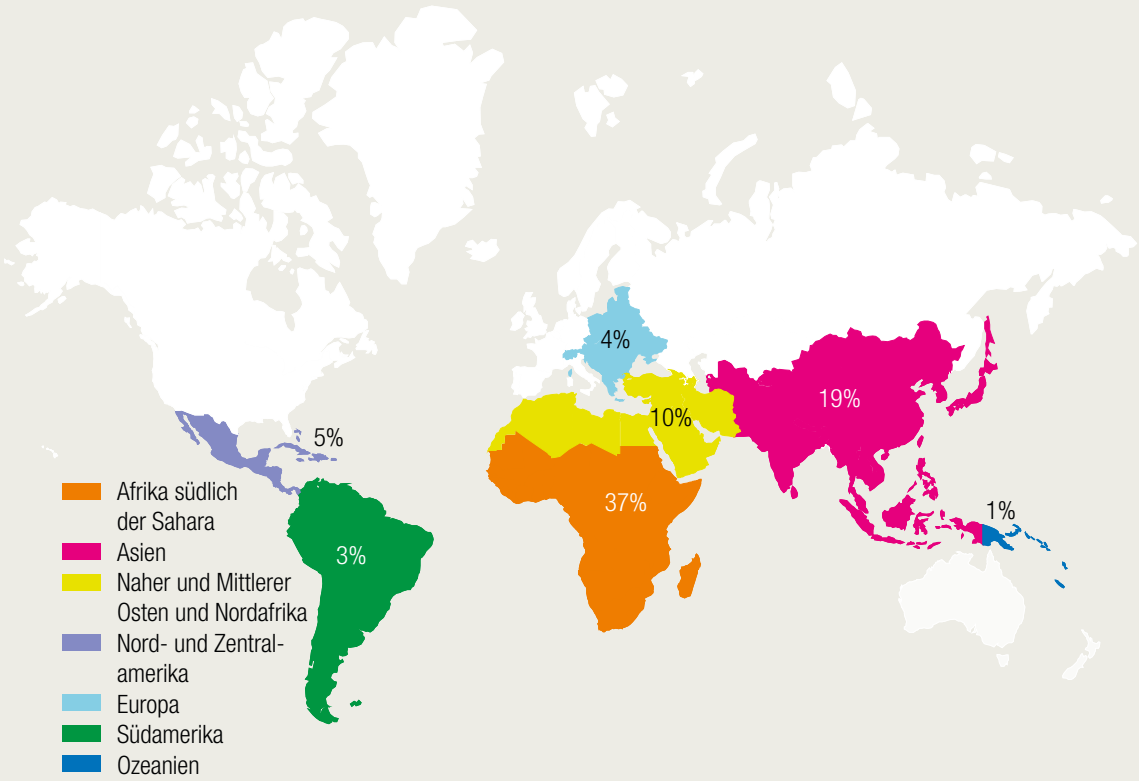


Quelle: Schätzungen von SEEK Development auf der Grundlage des OECD-Creditor Reporting System.

[10] Ein Fünftel der gesamten Fördermittel ist „nicht aufteilbaren" Regionen zugewiesen. Diese Position beinhaltet auch die Förderung multilateraler Organisationen oder regionale Projekte, die keinem bestimmten Land zuzuordnen sind.

ABBILDUNG 7

Regionale Aufteilung der Fördermittel für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen (2014 bis 2016)



Die übrigen prozentualen Anteile wurden „Regional“ oder „nicht aufteilbar“ zugewiesen.

Quelle: Schätzungen von SEEK Development auf der Grundlage des OECD-Creditor Reporting System.

Foto: Plan International

4. BEST-PRACTICE-GEBERLÄNDER

Im zweiten Teil dieses Berichts werden Beispiele (Best Practices) der internationalen Gebergemeinschaft zur Stärkung der politischen Partizipation von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern identifiziert. Die drei Länder, Schweden, Kanada und die Niederlande, wurden aufgrund der Höhe ihres finanziellen Beitrags einerseits und ihrer relevanten politischen Initiativen zum Thema andererseits ausgewählt[11].

ÜBERSICHT DER BEST-PRACTICE-GEBERLÄNDER UND WESENTLICHER MERKMALE

	Schweden	Kanada	Niederlande
ODA-Ströme (2014 bis 2016 im Jahres-durchschnitt)	• 96 Mio. USD • 2,4 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungs-gelder (ODA)	• 35 Mio. USD • 1,3 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungs-gelder (ODA)	• 22 Mio. USD • 0,6 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungs-gelder (ODA)
Strategischer Fokus	• Feministische Außenpolitik (2015 bis 2018) > Nennt die politische Teilhabe von Mädchen und Frauen als eine von sechs strategischen Prioritäten • Strategie für die globale Gleichberechtigung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen (2018 bis 2022) > Zielt auf die Beseitigung struktureller Barrieren für die politische Teilhabe von Mädchen und Frauen ab	• Feministische Entwicklungs-politik (2017) > Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung von Mädchen und Frauen als einziger Handlungsschwer-punkt > Selbstbestimmung und Teilhabe von Mädchen und Frauen sollen in allen Sek-toren und Projekten gestärkt werden	• Entwicklungspolitik (2018 bis 2021) > Gleichberechtigung der Geschlechter und Empower-ment von Mädchen und Frauen als übergreifendes Ziel > Politische Teilhabe wird als Ziel im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung der Geschlechter zuerst genannt
Engagement und besondere Initiativen auf globaler Ebene	• Setzt sich auf internationaler Ebene für die Aufschlüsselung von Daten nach Alter und Geschlecht ein • Aktive Unterstützung und finanzieller Förderer von „SheDecides“ und SRGR • Höchste Beiträge für UN Women	• G7-Präsidentschaft in 2018 > Stellte Gleichberechtigung und Stärkung von Frauen in den Mittelpunkt der G7-Agenda • Hat einen Sitz in der UN-Frauenrechtskommission > Bezieht kanadische zivil-gesellschaftliche Organisatio-nen aktiv mit ein	• Ernannte die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates während der nichtständigen Mitgliedschaft im UN-Sicher-heitsrat 2018 zur Priorität • Initiierung und Unterstützung der „SheDecides“-Bewegung
Bilaterale Programme und Implementierung	• Das Gleichberechtigungsziel ist eine Voraussetzung für Partnerschaften • Die Programme konzentrieren sich darauf, Mädchen und jungen Frauen Selbstbestim-mung zu ermöglichen	• 15 Prozent der bilateralen ODA von Kanada sollen bis 2021/2022 unmittelbar Mädchen und Frauen zugute-kommen, 80 Prozent indirekt • Unterstützt die Aufschlüsse-lung von Daten nach Alter und Geschlecht in allen bilateralen Entwicklungsvorhaben	• Starke Unterstützung zivil-gesellschaftlicher Organi-sationen, die sich für die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einsetzen, insbesondere lokale NRO • Flexible Förderung in 5-Jahres-Zeiträumen

[11] In Abhängigkeit vom Fokus der jeweiligen Strategien variiert die Terminologie in den folgenden Kapiteln zwischen „Mädchen und Frauen“, „Mädchen und jungen Frauen“ sowie „Frauen“.

4.1 SCHWEDEN

Schweden ist international führend bei der Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen

Schweden ist das wichtigste Geberland für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern. Zwischen 2014 und 2016 stellte Schweden im Durchschnitt öffentliche Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 96 Millionen US-Dollar pro Jahr für Vorhaben zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen bereit. Schweden gibt im Durchschnitt 2,4 Prozent der gesamten bilateralen ODA für das Thema aus und liegt damit weit über dem OECD-DAC-Durchschnitt von 0,46 Prozent. Schwedens finanzieller Beitrag ist in den letzten Jahren konstant geblieben und nimmt seit 2014 den Spitzenwert unter den Geberländern ein. Damit ist Schweden sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen das Geberland mit den höchsten Beiträgen für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen.

Dass die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen eine Priorität der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit Schwedens darstellt, kommt auch im politischen Fokus der schwedischen Regierung zum Ausdruck. Vorangetrieben von Premierminister Stefan Löfven gab Schweden im Jahr 2014 die Gründung der „ersten feministischen Regierung der Welt“ bekannt.[III] Laut der Regierung ist die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter der entscheidende Faktor, der sämtliche Prioritäten, Entscheidungen und Mittelzuweisungen bestimmt, sowohl auf Landes- als auch auf internationaler Ebene.[12] Außerdem hat die Regierung Gleichberechtigung in ihre außen- und entwicklungspolitische Agenda integriert.

Foto: Plan International

I) Welche politischen Strategien stützen die Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen?

Mit seiner feministischen Außenpolitik und der Strategie für globale Gleichberechtigung setzt sich Schweden aktiv für die Förderung der Rechte und Freiheiten von Mädchen, jungen Frauen und Frauen ein

IN DER FEMINISTISCHEN AUSSENPOLITIK SCHWEDENS SIND SECHS STRATEGISCHE ZIELE GENANNT, VON DENEN JEDES SPEZIFISCH AN MÄDCHEN UND FRAUEN GERICHTET IST:

1. Umfassende Sicherung ihrer Menschenrechte
2. Schutz vor physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt
3. Beteiligung an der Prävention und der Lösung von bewaffneten Konflikten und am Wiederaufbau nach kriegerischen Auseinandersetzungen
4. Politische Teilhabe und Einflussnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen
5. Wirtschaftliche Rechte und Empowerment
6. Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)

Die schwedische Regierung verfolgt in ihrer Entwicklungspolitik zwei wesentliche nationale Strategien, die auf Gleichberechtigung fokussiert sind. Zunächst werden im „Handlungsplan für feministische Außenpolitik 2015–2018“ sechs strategische Prioritäten aufgeführt, die allesamt auf Mädchen und Frauen gerichtet sind. Eine dieser Prioritäten („Politische Teilhabe und Einfluss in allen Bereichen der Gesellschaft“) zielt spezifisch auf politische Teilhabe ab.[IV]

[12] Auch wenn es sich hierbei um die erste explizit feministische Regierung handelt, hatten auch frühere Regierungen seit dem Jahr 2000 Gleichberechtigung zum Ziel.

Im Rahmen dieser Priorität ändern sich die spezifischen Ziele von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2018 lag der Schwerpunkt auf:

- Verbesserung der Vertretung, Teilhabe und Einflussnahme von Mädchen und Frauen in Institutionen, Organisationen und Prozessen
- Verbesserung der Meinungsfreiheit für Mädchen und Frauen
- strategische Verankerung der Beteiligung von Mädchen und Frauen an der Gestaltung und Umsetzung der Klimavereinbarung von Paris und an weiteren Umwelt- und Klimafonds.

Die zweite zentrale Strategie, zur Förderung von Gleichberechtigung, ist die im Jahr 2018 von der Regierung bekanntgegebene Strategie für globale Geschlechtergerechtigkeit und die Rechte von Frauen und Mädchen (2018 - 2022).[V] Die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen wird darin nicht explizit erwähnt. Der Fokus liegt eher auf der Bekämpfung allgemeiner struktureller Barrieren für die Teilhabe von Mädchen und Frauen an politischen Prozessen, wie geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Diskriminierung, und unterstützt feministische Bewegungen und Organisationen.

In Übereinstimmung mit den Bemühungen, Gleichberechtigung in den Mittelpunkt der Außenpolitik zu stellen, basiert das schwedische Modell auf „drei Rs“, an denen die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen sich orientiert:

- „**Rechte:** Alle Maßnahmen müssen zum Ziel haben, dass Mädchen und Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt wahrnehmen können, insbesondere durch die Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung.“
- „**Repräsentation:** Alle Maßnahmen müssen zum Ziel haben, die Partizipation und den Einfluss von Frauen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu verstärken.“
- „**Ressourcen:** Alle Maßnahmen müssen sicherstellen, dass Ressourcen so zugeteilt werden, dass Gleichberechtigung gefördert und die Chancen aller Mädchen und Frauen verbessert werden, ihre Menschenrechte wahrzunehmen.“

Schweden führt Genderanalysen („Gendering“) aller staatlichen Maßnahmen durch, sodass die Gleichberechtigung der Geschlechter ein wesentlicher Faktor bei allen Entscheidungen ist

Die schwedische Regierung betont dabei, dass Gleichberechtigung sowohl ein übergeordnetes Ziel als auch als ein Instrument zur Entscheidungsfindung zu sehen ist. Zu diesem Zweck werden alle politischen Initiativen, Konzepte, Haushalte und Partnerschaften einem Gendering unterzogen.[VI] Auch bei der Mittelzuweisung einschließlich der Mittel aus dem jährlichen Staatshaushalt werden Genderanalysen durchgeführt. Mit diesen Analysen werden Anträge auf der Grundlage bewertet, welche Auswirkungen sie auf Frauen und Männer als separate Gruppen haben, und auf ihre Wirkung im Hinblick auf die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit untersucht.

Bedingt durch die Auffassung, dass Probleme und Bedarfe sich im Laufe der Lebensphasen ändern, legt Schweden einen besonderen Fokus auf Mädchen und junge Frauen

Bei den globalen entwicklungspolitischen Anstrengungen Schwedens liegt ein besonderer Schwerpunkt auf den unterschiedlichen Herausforderungen, mit denen Menschen in verschiedenen Lebensphasen konfrontiert sind. Projekte und Anträge werden daher von der Konzeption bis zur Evaluierung auf ihre Wirkung auf verschiedene Altersgruppen hin untersucht. Dieser „Lebenszyklus“-Ansatz geht davon aus, dass allgemeine politische Maßnahmen, die sich an Frauen als einzelne Zielgruppe richten, für die einzigartigen Probleme von Mädchen, Jungen oder jungen Frauen und Männern nicht greifen.[VII]

Dieser Ansatz wird auch auf die Statistiken des schwedischen Auswärtigen Dienstes angewendet. Die feministische Außenpolitik sieht vor, dass nach Möglichkeit alle wichtigen Institutionen, die an Schwedens Außen- und Entwicklungspolitik beteiligt sind, einschließlich des Außenministeriums und der schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida), alle Statistiken in sämtlichen Berichten und zu laufenden Aktivitäten nach Geschlecht und Altersgruppe disaggregieren.

II) Welche Initiativen verfolgt Schweden auf globaler Ebene?

Schweden setzt sich auf internationaler Ebene für die Aufschlüsselung von Daten nach Alter und Geschlecht ein

Schweden nutzt seine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und Initiativen, um die globale Agenda zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen voranzutreiben.

Schweden setzt sich dafür ein, dass die geschlechtsspezifische Haushaltsplanung (Gender Budgeting) und die Nutzung altersspezifischer Daten sowohl von internationalen und supranationalen Organisationen wie der EU, der UN und der NATO als auch durch deren Mitgliedstaaten umgesetzt werden.[VIII] Dies gilt vor allem für den Bereich Frieden und Sicherheit, in dem Schweden die Beteiligung von Mädchen und Frauen als entscheidend erachtet.[IX] Schweden betont die Notwendigkeit, Mädchen und Frauen an der Konfliktlösung zu beteiligen, um Einfluss auf gesellschaftliche Normen zu nehmen und die Beteiligung von Mädchen und Frauen an politischen Prozessen und Führungsstrukturen zu normalisieren.

Darüber hinaus nutzt Schweden auch seine Rolle in internationalen Foren, um sich für nach Geschlechtern disaggregierte Daten einzusetzen. Vor allem auf der UN-Ebene wurde dies besonders vorangetrieben. Das Engagement für die Aufschlüsselung von Statistikdaten nach Geschlecht gehörte zu den erklärten Zielen Schwedens während der Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat in den Jahren 2017 und 2018.[X] Um diese Verfahrensweise weiter zu verbreiten, verlangt Schweden entsprechende Daten auch von seinen Kooperationspartnern wie bilateralen und multilateralen Partnerorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von der schwedischen Regierung unterstützt werden.[XI]

Schweden priorisiert sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in seiner Entwicklungszusammenarbeit und führte die „SheDecides"-Bewegung an

Schweden priorisiert sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) in seiner Entwicklungszusammenarbeit, da diese als elementare Voraussetzung dafür angesehen werden, dass Mädchen und junge Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt wahrnehmen und an der Gesellschaft teilhaben können. Schweden stellt zwischen sechs und sieben Prozent seiner öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für SRGR bereit.[13]

Als Reaktion auf die Wiedereinsetzung der „Global Gag Rule" durch die USA im Jahr 2017 und der damit einhergehenden Entziehung der US-Fördermittel für Organisationen, die Schwangerschaftsabbrüche und Familienplanung in Entwicklungsländern unterstützen, rief Schweden gemeinsam mit Belgien, den Niederlanden und Dänemark die Initiative „SheDecides" ins Leben. Der Beitrag Schwedens belief sich im ersten Jahr der Initiative auf 22 Millionen US-Dollar. Die Bewegung hat zum Ziel, die körperliche Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen sicherzustellen, insbesondere das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie Sex haben und ob und wann sie ein Kind bekommen möchten. Ein Fokus liegt dabei auf der Beteiligung von jungen Führungspersönlichkeiten sowohl bei der Konferenz als auch in der Organisation, um so die politische Teilhabe und Vertretung von Mädchen und jungen Frauen unmittelbar zu fördern.

Schweden arbeitet mit UN Women zusammen, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen voranzutreiben

Schweden arbeitet aktiv mit UN Women zusammen, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu fördern, und ist seit 2014 der größte staatliche Geber der Organisation.[XII] Von 2014 bis 2016 unterstützte Schweden UN Women mit 33 bis 34 Millionen US-Dollar pro Jahr. Deutschland dagegen stellte im Jahr 2016 10 Millionen US-Dollar, im Jahr 2015 3,5 Millionen US-Dollar und im Jahr 2014 4,6 Millionen US-Dollar bereit.

III) Was tut Schweden in seinen bilateralen Programmen, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu fördern?

Schweden stellt Partnerländern Fördermittel nach deren Bedarf zur Verfügung, wobei eine Voraussetzung ist, dass Gleichberechtigung ein Ziel ist

Die entwicklungspolitischen Partnerländer Schwedens müssen gewährleisten, dass die Fördermittel für die Gleichberechtigung eingesetzt werden. Das bedeutet in der Praxis, dass Partnerschaften nur unter der Voraussetzung eingegangen werden, dass alle Parteien der gemeinsamen Auffassung sind, dass Kultur, Religion

[13] Dieser Anteil wurde von der NRO-Dachorganisation Concord berechnet, siehe Bericht von Concord „Hur feministisk är Sveriges feministiska utrikespolitik" aus dem Jahr 2017. Für weitere Informationen siehe: https://concord.se/rapporter/granskning- feministisk-utrikespolitik/

und Tradition keine Abkehr von den Grundsätzen der Gleichstellung, der Nichtdiskriminierung und der Freiheit und der Gleichwertigkeit aller Menschen rechtfertigen.[XIII] Um die Maßnahmen der Partnerländer zu ergänzen, behält Schweden auch den eigenen Fokus auf Gleichstellung bei, indem Projektanträge aufgrund ihrer Auswirkungen auf verschiedene Geschlechter und Altersgruppen evaluiert werden.

Die Mittelzuweisung erfolgt in Abhängigkeit vom Bedarf des Partnerlandes. Die überwiegende Mehrheit (63 Prozent) der (579) Projekte Schwedens in diesem Themenfeld im betrachteten Dreijahreszeitraum war auf den Subsektor „Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft“ fokussiert; dabei gehörten die meisten Projekte in Ländern mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich zu diesem Sektor. Der zweitgrößte Anteil (29 Prozent) konzentrierte sich auf politische Stärkung durch Menschenrechtsprojekte. Diese wurden überwiegend in Ländern mit geringem Einkommen durchgeführt.

Schwedische Entwicklungsprojekte unterstützen die Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen durch Bildung oder SRGR

Schweden will die Selbstbestimmung von Mädchen durch verschiedene Bildungsprogramme stärken und legt daher einen Schwerpunkt auf Bildung für Mädchen und Frauen. Im Zusammenhang mit Projekten, die unmittelbar die politische Teilhabe fördern, umfasst dies auch Bildung zu den Themen Rechte, demokratische Prozesse und die Fähigkeit, Meinungen zu artikulieren. So förderte Schweden in Tunesien im Jahr 2014 mit 405.000 US-Dollar ein Projekt zur Förderung der Medienkompetenz von Mädchen und jungen Frauen und zur Demokratieförderung durch die Unterstützung der freien Meinungsäußerung und der publizistischen Berufe.[XIV]

Foto: Plan/Caitlin Indermaur

PROJEKTBEISPIEL „RAPARINGA BIZ“

Mit dem Ziel, die sexuelle und reproduktive Gesundheit in Mosambik zu schützen und zu fördern, werden Mädchen und jungen Frauen in einer innovativen Initiative von 2015 bis 2020 als „Akteurinnen des Wandels in ihren Gemeinschaften“ betrachtet. In dem Projekt werden Mädchen und junge Frauen als Mentorinnen eingesetzt, sie erhalten eine Ausbildung im Mentoring, SRGR, Kommunikation, Führungsfähigkeiten und Gestaltungskompetenz (Participation Skills). Im ersten Projektjahr wurden 783 jugendliche Mentorinnen ausgebildet, die im Anschluss besonders gefährdete Mädchen im Alter von 10 bis 19 Jahren betreuten. Das Projekt trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Sichtweise der Gesellschaft über die Rolle von Mädchen und Frauen zu ändern, beinhaltet aber auch Konsultationen mit Führungspersönlichkeiten in den Gemeinschaften und Medienvertretern, um sich ihre volle Unterstützung für die Werte und den Erfolg des Projekts zu sichern.[XV]

IV) Fazit

Schweden ist ein Best-Practice-Geberland, weil es Gleichberechtigung auf allen Ebenen umsetzt

Schwedens Erfolge in der Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen werden durch den „Top-Down-Ansatz“, also die Integration von Gleichberechtigungsaspekten auf allen Ebenen der Regierungsführung und der Projektimplementierung bestimmt. Auch wenn Schweden sich in erster Linie auf die Beseitigung struktureller Barrieren für politische Teilhabe wie SRGR, geschlechtsspezifische Gewalt und Menschenrechte konzentriert, sind die politischen Strategien und die finanzielle Unterstützung Schwedens für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen im internationalen Vergleich herausragend. Schweden ist ein Best-Practice-Geberland, von dem die anderen Geberländer in der internationalen Gemeinschaft lernen können, wenn die Bestrebungen zur Erreichung von SDG 5 zur globalen Geschlechtergerechtigkeit ernst zu nehmen sind.

4.2 KANADA

Kanada gehört zu den wichtigsten finanziellen Förderern für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen; Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen sind Querschnittsziele in allen Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit

Im Juni 2017 führte Kanada als zweites Land der Welt eine feministische Außenpolitik ein, die „Feminist International Assistance Policy“ (FIAP).[XVI] Mit dieser neuen Politik will die kanadische Regierung unter der Führung von Premierminister Justin Trudeau eine globale Vorreiterrolle bei der Förderung von Gleichberechtigung und der Stärkung von Mädchen und Frauen einnehmen. Da im OECD Creditor Reporting System genaue Daten zu den ODA-Flüssen nur bis zum Jahr 2016 vorliegen, können im Rahmen dieses Berichts nur die finanziellen Beiträge Kanadas für die politische Teilhabe von Mädchen und Frauen vor der Verabschiedung der neuen feministischen Politik beurteilt werden. Kanada hatte jedoch schon vor dem Wechsel zu der neuen Politik im Jahr 2017 einen Fokus für die Rechte von Mädchen und Frauen und ihre Gleichstellung in der Gesellschaft gelegt.

Basierend auf der finanziellen Analyse, stellt Kanada 9 Prozent der globalen ODA zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern bereit.[14] Damit ist Kanada in absoluten Zahlen mit einem Beitrag von 35 Millionen US-Dollar pro Jahr (im Durchschnitt von 2014 bis 2016) das fünftgrößte Geberland für dieses Thema. Anteilig zur gesamten bilateralen ODA betrachtet, stellt Kanada 1,3 Prozent bereit und belegt damit von den 30 analysierten DAC-Geberländern Rang 4. Kanada investiert fast das Dreifache des OECD-DAC-Durchschnitts von 0,46 Prozent.[15] Wenn Kanada seine Zusagen im Rahmen der FIAP erfolgreich umsetzt, ist wahrscheinlich, dass Kanada international in diesem Bereich künftig noch weiter an Bedeutung gewinnt.

I) Welche politischen Strategien stützen die Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen?

Die kanadische Regierung stellt die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Mädchen und Frauen in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungspolitik

Kanadas FIAP mit dem Untertitel „#HerVoiceHerChoice” sieht die Förderung von Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen als entscheidend für die Armutsbekämpfung und die Schaffung einer friedvollen, inklusiven und wohlhabenden Gesellschaft an.

Zu den größten strategischen Veränderungen, die mit dem feministischen Ansatz Kanadas in Verbindung gebracht werden, gehört, dass geschlechtsspezifische Probleme und Barrieren jetzt in allen Sektoren und im Hinblick auf bürgerliche, politische, wirtschaftliche und soziale Rechte erfasst werden. Dementsprechend ist die „Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen“ ein zentraler (de facto der einzige) Handlungsschwerpunkt der neuen Entwicklungspolitik Kanadas. Das macht erforderlich, dass Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen als Querschnittsthemen und sektorübergreifende Ziele in alle Projekte einbezogen werden, die Kanada unterstützt, und daneben für sich als eigenständige Ziele anzusehen sind. Aufgrund dieses Wandels müssen Organisationen, die kanadische Fördermittel erhalten, ihre Programme künftig so gestalten (oder umgestalten), dass sie Mädchen, junge Frauen und Frauen begünstigen und sie in allen Phasen der Konzeption und Implementierung, des Monitorings und der Evaluierung der Projekte beteiligen. Werden diese Anforderungen nicht erfüllt, erfolgt möglicherweise keine Förderung. Mit der neuen Politik hat Kanada davon Abstand genommen, Mädchen und junge Frauen lediglich als Begünstigte zu sehen, sondern würdigt sie als diejenigen, die den Wandel selbst herbeiführen, um dauerhafte Veränderungen in allen Bereichen voranzutreiben, in denen Kanada aktiv ist. Kanada sichert außerdem zu, die Selbstbestimmung und sinnvolle Beteiligung von Mädchen und Frauen in der gesamten Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten.

[14] Die finanzielle Analyse wurde von SEEK Development auf der Basis von OECD-Daten durchgeführt. Die Analysemethoden sind in Kapitel 2 genauer beschrieben.

[15] Die finanzielle Analyse in diesem Bericht reflektiert nur die finanziellen Beiträge Kanadas zu den fünf als stellvertretend für die Bewertung der bereitgestellten Fördermittel für politische Teilhabe eingesetzten Subsektoren des OECD-CRS-Sektors „Staat und Zivilgesellschaft“. Es ist zu beachten, dass die tatsächlichen Beiträge zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich höher sind, da Kanada Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen zum übergreifenden Ziel für alle Sektorprogramme ernannt hat.

DIE „FEMINIST INTERNATIONAL ASSISTANCE POLICY“ KONZENTRIERT SICH AUF SECHS HANDLUNGSFELDER:

Das zentrale Handlungsfeld, das als Querschnittsthema in allen anderen Bereichen enthalten ist, ist die

1. **„Gleichstellung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen und Mädchen“**
   Die anderen Handlungsschwerpunkte konzentrieren sich auf die Themen
2. **„Menschenwürde“** einschließlich humanitärer Maßnahmen, Gesundheit, Ernährung und Bildung
3. **„Wachstum für alle“** mit den Bereichen nachhaltige Landwirtschaft, umweltfreundliche („grüne“) Technologien und erneuerbare Energien
4. **„Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen“** mit einem Fokus auf Anpassung an und Abmilderung von Folgen des Klimawandels sowie Wassermanagement
5. **„Inklusive Governance“**, einschließlich Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung
6. **„Frieden und Sicherheit“** durch die Förderung inklusiver Friedensprozesse und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Die „Feminist International Assistance Policy“ wurde im Rahmen eines umfassenden Konsultationsprozesses entwickelt

Die Entwicklung der FIAP war ein hoch inklusiver und offener Prozess. Die für die Außen- und Entwicklungspolitik zuständige Regierungsstelle Global Affairs Canada (GAC) arbeitete eineinhalb Jahre lang eng mit der kanadischen Zivilgesellschaft und internationalen Expertinnen und Experten zusammen. Der Prozess, an dem laut Angaben 15.000 Menschen aus 65 Ländern beteiligt waren, war durch einen intensiven Dialog zwischen den Stakeholdern und der Regierung gekennzeichnet. Viele Empfehlungen, die im Laufe des Prozesses ausgesprochen wurden, griff die kanadische Regierung auf. Ein wesentliches Beispiel dafür ist die Einrichtung eines globalen Fonds zur Unterstützung lokaler Frauenrechtsorganisationen und Aktivistinnen. Dafür hatte sich die Zivilgesellschaft während des gesamten Konsultationsverfahrens immer wieder ausgesprochen. Die kanadische Regierung sicherte zu, für den Fonds eine Summe von 150 Millionen Kanadischer Dollar (113 Millionen US-Dollar) über einen Zeitraum von fünf Jahren (2017-2022) bereitzustellen. Aus dem Fonds mit dem Titel „Women’s Voice and Leadership Program“ werden lokale Frauenorganisationen und Initiativen in mindestens 30 Ländern gefördert, die sich für die Rechte und die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen sowie Frauen einsetzen.

Die Aufschlüsselung von Daten nach Alter und Geschlecht in allen entwicklungspolitischen Vorhaben wird von Kanada unterstützt

Um sicherzustellen, dass die Bedarfe von Mädchen und Frauen besser verstanden und entsprechend berücksichtigt werden, beabsichtigt Kanada, seine Informationsbasis durch Investitionen in die Politikforschung, bessere Datenerhebungen und -auswertungen im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit zu stärken. Dies wird auch von den zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen erwartet. Kanada plant zudem, den nationalen Regierungen und Beamtinnen und Beamten der Partnerländer bei der Erhebung und Analyse von nach Geschlecht und Alter disaggregierten Daten und Informationen zu helfen, um die Entscheidungsfindung und die Programmentwicklung zu unterstützen. Die kanadische Regierung ist der Auffassung, dass disaggregierte Daten die Konzeption und Implementierung von Initiativen ermöglichen, die die unterschiedlichen Bedarfe und Möglichkeiten von Mädchen und Frauen berücksichtigen, unter anderem durch Gender Budgeting.

II) Welche Initiativen verfolgt Kanada auf globaler Ebene?

Kanada nutzt aktiv seine Rolle in internationalen Foren wie den G7, um Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen voranzutreiben

Im Jahr 2018 hat Kanada die G7-Präsidentschaft inne. Diese ist in ihrem Ansatz einzigartig. Erstmals in der Geschichte der G7 stellte ein Gastland Gleichberechtigung in den Mittelpunkt des Forums, in dem traditionell wirtschaftspolitische Fragen diskutiert werden. Kanada integrierte Gleichberechtigung und die Stärkung von Frauen als Querschnittsthema in die gesamte Agenda und brachte diese Themen bis heute bei jedem Treffen der Außenministerinnen und -minister immer wieder vor. Um zu gewährleisten, dass diejenigen an den Gesprächen beteiligt sind, die das Ergebnis am Ende betrifft, wurden Jugendliche und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen, bei den verschiedenen Treffen der G7 zu sprechen.

Um sicherzustellen, dass eine gendersensible Analyse Bestandteil aller Themen, Maßnahmen und Ergebnisse der G7 im Jahr 2018 ist, beauftragte die kanadische Regierung einen Beratungsausschuss für Gleichberechtigung (Gender Equality Advisory Council), der sich

aus zwanzig feministischen Führungspersönlichkeiten aus der ganzen Welt konstituiert.[XVI] Im Vorfeld des G7-Gipfels im Juni 2018 legte der Beratungsausschuss eine umfassende Liste mit 60 Empfehlungen für die G7 vor, die genaue Angaben zu Maßnahmen und Investitionen enthält, die für die Rechte und Chancen von Mädchen und Frauen vorteilhaft sind.[XVII] Die aktive Teilhabe von Mädchen, Heranwachsenden und Frauen zieht sich dabei als Leitmotiv durch alle Empfehlungen. Zur Umsetzung einer zentralen Empfehlung des Rates sagten die G7 (mit Ausnahme der USA) fast 3 Milliarden US-Dollar zu, um den Zugang zu Bildung für Mädchen und junge Frauen in Krisensituationen zu verbessern.[XVIII] Vor diesem Hintergrund investiert Kanada 400 Millionen Kanadische Dollar in einem Zeitraum von drei Jahren.[16] Darüber hinaus wurden 3 Milliarden US-Dollar für die Initiierung von Wirtschaftsaktivitäten zugesagt, die Unternehmerinnen und Arbeiterinnen in Entwicklungsländern zugutekommen.

Auf dem Treffen der Entwicklungsministerinnen und -minister der G7 im Juni 2018 wurden eine Reihe konkreter Maßnahmen vereinbart, um positive Veränderungen in vier Schlüsselbereichen herbeizuführen: Mädchen und junge Frauen für nachhaltige Entwicklung befähigen, sexuelle Ausbeutung und Missbrauch in der internationalen Zusammenarbeit bekämpfen, Geschlechtergerechtigkeit erreichen, Stärken von Mädchen und Frauen in humanitären Maßnahmen und Unterstützung von Innovationen für eine nachhaltigere Entwicklung. Wie wichtig es ist, Mädchen und jungen Frauen eine Stimme zu geben, sie aktiv an Entscheidungsprozessen und in politischen Führungspositionen zu beteiligen und Lösungen fortan mit ihnen statt für sie zu entwickeln, zog sich als ein immer wiederkehrendes Thema durch die Erklärungen der G7-Entwicklungsministerinnen und -minister vom Juni 2018. Im Sinne der Unterstützung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen wurden sechs junge weibliche Führungspersönlichkeiten eingeladen, an der Sitzung der Entwicklungsministerinnen und -minister teilzunehmen und darüber zu sprechen, wie wichtig es ist, Mädchen und Frauen an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Junge Frauen werden aktiv an globalen Initiativen beteiligt

Kanada nutzt weitere globale Foren, um sich für das Thema Gleichberechtigung einzusetzen. Im Jahr 2017 wurde Kanada unter 45 Ländern für einen Sitz in der UN-Frauenrechtskommission (FRK) im Zeitraum 2017-2021 ausgewählt. Während der 62. Sitzung der FRK im März 2018 arbeitete die kanadische Delegation mit globalen Partnerinnen und Partnern am diesjährigen Themenschwerpunkt „Herausforderungen und Chancen auf dem Weg zu Gleichstellung und Stärkung von Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten“ und beteiligte aktiv Organisationen der kanadischen Zivilgesellschaft an der Formulierung der Abschlusserklärung der 62. FRK.[XIX] Vor diesem Hintergrund unterstützt die kanadische Regierung den „WE Day UN“, eine Veranstaltung die jedes Jahr am Rande der UN-Generalversammlung stattfindet und junge Menschen dazu inspirieren soll, die Staatsoberhäupter der Welt dazu aufzufordern und zu ermutigen, ihre Versprechen einzuhalten.[XX] Im Jahr 2019 ist Kanada Gastland von „Women Deliver“, der weltweit größten Konferenz für Frauengesundheit und Frauenrechte.[XXI] Durch das „Young Leaders Program“ erhalten auf der Konferenz junge politische Fürsprecherinnen nicht nur eine Stimme sondern auch Möglichkeiten, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten zur politischen Interessenvertretung zu entwickeln und zu stärken.[XXII]

III) Was tut Kanada in seinen bilateralen Programmen, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu fördern?

95 Prozent der bilateralen ODA Kanadas sollen bis 2021/2022 direkt oder indirekt Mädchen und Frauen zugutekommen

Kanada ist mit seinen bilateralen Programmen weltweit führend bei der Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen. Die Regierung strebt eine weitere Ausweitung dieses Engagements an und sichert daher in ihrer neuen „Feminist International Assistance Policy“ zu, bis 2021/2022 dafür zu sorgen, dass ein Anteil von mindestens 15 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit spezifisch für Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen bereitgestellt wird. Das entspricht einem Anstieg von 2 Prozent in den Jahren 2015/2016.[17] Diese Investitionen werden unter anderem Initiativen zufließen, die den Kampf gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt ermöglichen, Frauenrechtsorganisationen unterstützen, und um die institutionelle Kapazität des öffentlichen Sektors in Gleichberechtigungsfragen zu stärken.

Gleichzeitig zielt Kanada darauf ab, Gleichberechtigung und Stärkung von Mädchen und Frauen in alle Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit zu integrieren.

[16] Diese Fördermittel sind zu den 180 Millionen Kanadischen Dollar hinzuzurechnen, die Kanada im Januar 2018 für die Global Partnership for Education (Globale Partnerschaft für Bildung, GPE) für 2018 bis 2020 bereitstellte.

[17] Berechnung der kanadischen Regierung

Die Regierung sichert zu, dass 80 Prozent der von ihr geförderten bilateralen Entwicklungsprojekte diese Ziele in ihre Programmplanung aufnehmen. Bis spätestens 2021/2022 will Kanada 95 Prozent der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit verbindlich direkt oder indirekt Mädchen und Frauen zugutekommen werden.

Starke Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einsetzen

Kanada unterstützt zudem in erheblichem Umfang Jugendorganisationen, bei denen politische Teilhabe eine maßgebliche Komponente darstellt. Zum Beispiel fördert die kanadische Regierung Projekte von Plan International Canada, insbesondere in Kolumbien, Peru, Bolivien, Bangladesch und Äthiopien, die auf die Stärkung von Mädchen, jungen Frauen und Männern fokussiert sind. Diese Projekte werden in enger Zusammenarbeit und Partnerschaft mit lokalen Mädchen- und Jugendorganisationen durchgeführt. In der bilateralen Programmplanung arbeitet Kanada auch eng mit seinen High Commissions und Botschaften zusammen.[18]

PROJEKTBEISPIEL „#FEMPARL II: YOUNG WOMEN LEADERS AS AGENTS OF CHANGE“[XXIII]

Kanadas Entwicklungszusammenarbeit ist im Bereich politische Teilhabe für Mädchen und junge Frauen unter anderem in Asien sehr aktiv. Ein zentrales Ziel ist die Förderung der politischen Beteiligung und Partizipation von Mädchen und jungen Frauen. Unter dem Motto „Young Women Leaders as Agents of Change“ riefen die kanadischen High Commissions in Sri Lanka, Indien und Pakistan und die kanadische Botschaft in Afghanistan im Februar 2018 gemeinsam ein Kooperationsprogramm ins Leben, dass sich darauf konzentriert, junge Frauen dazu zu befähigen, durch Führungsfähigkeiten und sinnvolle Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben zu Trägerinnen des Wandels zu werden. Vier Tage lang nahmen junge weibliche Delegierte an Capacity-Building-Maßnahmen, Seminaren und Treffen mit Entscheidungsträgern sowie Podiumsdiskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Universitäten, Think Tanks und Jugendorganisationen teil. Aktuell arbeiten die teilnehmenden jungen Frauen an gemeinsamen Papieren, die später veröffentlicht werden sollen, und an einem „Tool Kit for Basic Gender Training“.

IV) Fazit

Mit der neuen feministischen Entwicklungspolitik und dem politischen Engagement ist Kanada global führend im Bereich der Förderung der politischen Teilhabe und Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen

Mit 9 Prozent seiner gesamten öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gehört Kanada zu den größten Gebern für die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen. Aufgrund der neuen „Feminist International Assistance Policy“ dürfte dieser Beitrag in den kommenden Jahren noch steigen. Durch die feministische Entwicklungspolitik sind Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen zum Querschnittsthema in allen Sektoren geworden. Die Regierung hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Bis 2021/2022 sollen 15 Prozent der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit spezifisch für Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen verwendet werden. Weitere 80 Prozent der Vorhaben sollen diese Ziele in ihre Programmplanung integrieren. Die „Feminist International Assistance Policy“ wurde im Rahmen eines umfassenden Konsultationsprozesses in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Expertinnen und Experten entwickelt. Darüber hinaus werden Daten in allen entwicklungspolitischen Vorhaben nach Alter und Geschlecht disaggregiert. Und schließlich nutzt Kanada aktiv seine Rolle in internationalen Foren wie den G7 im Jahr 2018, um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Förderung von Mädchen und jungen Frauen voranzutreiben.

Foto: Plan International

[18] Die Canadian High Commissions sind die diplomatischen Vertretungen Kanadas in Commonwealth-Staaten. Sie entsprechen den Botschaften in anderen Ländern, die keine Commonwealth-Staaten sind.

4.3 DIE NIEDERLANDE

Die Niederlande unterstützen schon seit langer Zeit die Gleichstellung von Frauen und Männern und die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen. Die neue Entwicklungspolitik dürfte zudem dafür sorgen, dass dem Thema künftig noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird

Zwar ist der finanzielle Beitrag der Niederlande für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen im internationalen Vergleich niedrig, so zeichnen jedoch innovative Initiativen auf nationaler und globaler Ebene die Niederlande als Best-Practice-Geberland zum Thema aus. Die neue Entwicklungspolitik dürfte zudem dafür sorgen, dass dem Thema Gleichberechtigung und politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen künftig noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Niederlande überprüfen alle bilateralen Entwicklungsprojekte anhand der OECD-Genderkennungen. Im Jahr 2016 hatten 38 Prozent aller bilateralen Fördermittel Gleichberechtigung als Nebenziel (GG1), während weitere 22 Prozent der Vorhaben Gleichberechtigung zum Hauptziel hatten (GG2). Der letztgenannte Wert ist fünfmal höher als der OECD-Durchschnitt von 4 Prozent. Die genderspezifische ODA-Finanzierung der Niederlande legt einen besonderen Schwerpunkt auf politische Teilhabe. Dementsprechend wird der größte Anteil der niederländischen ODA für Gleichberechtigung dem Sektor „Staat und Zivilgesellschaft“ zugewiesen (24 Prozent, 340 Millionen US-Dollar im Jahr 2016).

Die Niederlande belegen mit ihrer finanziellen Unterstützung für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen Rang 6 der internationalen Gebergemeinschaft und stellten pro Jahr durchschnittlich 22 Millionen US-Dollar bereit (von 2014 bis 2016). In relativen Zahlen sind die Niederlande der achtgrößte Geber und stellen 0,6 Prozent ihrer öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für die politische Teilhabe von Mädchen zur Verfügung (der OECD-Durchschnitt beträgt 0,46 Prozent). Auch wenn der finanzielle Beitrag der Niederlande für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen vergleichsweise gering ist, gehört das Land zu den führenden Geberländern für die politische Teilhabe von Frauen insgesamt.[19] Im Zeitraum 2014 bis 2016 wiesen die Niederlande 11 Prozent der ODA für die politische Teilhabe von Frauen zu, mehr als das Fünffache des OECD-DAC-Durchschnittswerts von 2 Prozent. Insgesamt wurden für die politische Teilhabe von Frauen (im Durchschnitt von 2014 bis 2016) jedes Jahr 412 Millionen US-Dollar bereitgestellt. In den Jahren 2014 und 2015 waren die Niederlande in relativen Zahlen sogar der größte von allen 30 OECD-DAC-Gebern und lagen damit noch vor Schweden, dem Spitzenreiter des darauffolgenden Jahres (2016). Im Jahr 2016 waren die Niederlande (in relativen Zahlen) der zweitgrößte Geber für die politische Teilhabe von Frauen.

I) Welche politischen Strategien stützen die Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen?

Die neue Entwicklungspolitik macht die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Mädchen und Frauen zu einem Querschnittsziel aller Schwerpunktthemen

Angeführt von der niederländischen Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit Sigrid Kaag gaben die Niederlande im Mai 2018 ihr neues entwicklungspolitisches Konzept „Investing in Global Prospects: For the World, for the Netherlands“ bekannt. Diese neue Politik, an der sich die niederländische Entwicklungszusammenarbeit der jetzigen Rutte III Regierung bis 2021 orientieren wird, stellt Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen als Querschnittsziele in den Mittelpunkt. Die Rechte und die Entwicklung von Mädchen und Frauen werden also in alle vier Schwerpunkte (Armut, Migration, Terrorismus und Klimawandel) sektorübergreifend einbezogen.

[19] Diese Kategorie beinhaltet Mädchen und junge Frauen. Im Rahmen dieses Berichts ist schwer zu sagen, ob dies darauf zurückzuführen ist, dass in den Projektbeschreibungen zu den OECD CRS Mädchen und junge Frauen selten erwähnt werden, oder ob sich tatsächlich nur wenige Projekte an jüngere Frauen richten.

DIE GLEICHSTELLUNGSZIELE DER NIEDERLÄNDISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

1. „Frauen stärker an politischen und sonstigen Entscheidungsprozessen beteiligen und Frauen in Führungsrollen stärken"
2. „Wirtschaftliches Empowerment und Verbesserung des Wirtschaftsklimas für Frauen"
3. „Gewalt gegen Frauen und Mädchen verhindern und bekämpfen"
4. „Die Rolle von Frauen in Konfliktpräventions- und Friedensprozessen stärken und Frauen in Konfliktsituationen schützen"

Die neue Entwicklungspolitik führt Mädchen und/oder junge Frauen allerdings nicht gesondert auf, sondern fasst sie zu einer Gruppe „Frauen und Mädchen" zusammen.

II) Welche Initiativen verfolgen die Niederlande auf globaler Ebene?

Mädchen, jungen Frauen und Frauen werden häufig eingeladen, an politischen und diplomatischen Konsultationen teilzunehmen

Mit der neuen Entwicklungspolitik verpflichten sich die Niederlande, die Interessen von Mädchen und jungen Frauen in die politischen und diplomatischen Konsultationen in allen Politikbereichen aufzunehmen. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass Mädchen und jungen Frauen an den politischen Verhandlungstisch gebeten werden. Vor diesem Hintergrund arbeiteten die Niederlande mit elf weiteren Ländern zusammen, um im Jahr 2012 die „Equal Futures Partnership" zu gründen. Die multilaterale Initiative zielt darauf ab, ihre Mitgliedsstaaten dazu zu motivieren, sich für die wirtschaftliche und politische Stärkung von Frauen zu engagieren.[20] In diesem Kontext haben die Partnerländer rechtliche, regulatorische und politische Reformen zugesichert, um die umfassende Teilhabe von Frauen im öffentlichen Leben auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene zu gewährleisten. Darüber hinaus entsenden die Niederlande seit 1970 Jugenddelegierte an die UN Generalversammlung, die drei Wochen lang vollwertige Mitglieder der nationalen Delegation sind.[XXIV]

Die Niederlande nutzen die UN und Initiativen wie „SheDecides", um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen auf internationaler Ebene voranzutreiben

Auch als kleines Land nutzen die Niederlande internationale Foren und Initiativen, um die Wirkung des Beitrags zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu verstärken.

Im Jahr 2018 waren die Niederlande Mitglied im UN-Sicherheitsrat (UNSC). Eine Priorität der Mitgliedschaft lautete dabei, die aktive Beteiligung von Frauen an der Konfliktprävention und bei Friedensverhandlungen sicherzustellen (Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates). Dabei setzen sich die Niederlande auf internationaler Ebene für die Aufnahme der Perspektiven von Frauen in Friedensverhandlungen und Friedenseinsätzen ein, insbesondere durch die maßgebliche Beteiligung lokaler Frauenorganisationen an Vermittlungsgesprächen.[XXV] Die Niederlande gehören zu den wenigen Ländern, die ein gesondertes Budget vorgesehen haben, damit gewährleistet ist, dass für die Umsetzung des „Nationalen Aktionsplans für die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats" ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Mädchen und junge Frauen sind eine wesentliche Zielgruppe dieser Bemühungen, werden jedoch nicht immer explizit genannt.

Darüber hinaus spielten die Niederlande eine führende Rolle für die globale Initiative „SheDecides". Als Reaktion auf die Streichung von Fördermitteln durch die USA für Organisationen, die den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen unterstützen oder Informationen darüber bereitstellen, rief die damalige Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit Lilianne Ploumen im Januar 2017 die internationale Initiative ins Leben. Mehr als fünfzig weitere Regierungen schlossen sich der Initiative an. Im Laufe des vergangenen Jahres wuchs „SheDecides" zu einer globalen Bewegung heran, die von vielen Staaten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie globalen Voreiterorganisationen unterstützt wird. Seit Januar 2018 hat „SheDecides" Fördermittel in Höhe von insgesamt 390 Millionen Euro akquiriert. Die niederländische Regierung unterstützt „SheDecides" derzeit mit 29 Millionen Euro. Diese vergleichsweise geringe Fördersumme zeigt, dass die Niederlande zwar finanziell einen vergleichsweise geringen Beitrag leisten, aber ein wichtiger politischer Akteur für die Rechte von Mädchen und jungen Frauen sind.

[20] Die Partnerschaft ist nicht mehr aktiv. Für weitere Informationen zu früheren Aktivitäten siehe: http://www.equal- futures.org/country/netherlands

III) Was tun die Niederlande in ihren bilateralen Programmen, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu fördern?

Die Niederlande verpflichten sich in ihrer neuen Entwicklungspolitik, Mädchen und Frauen in die Entscheidungsprozesse und die Implementierung von bilateralen Entwicklungsprogrammen einzubeziehen. Um sicherzustellen, dass die Bedarfe von Mädchen und Frauen bei der Analyse, Planung und Durchführung von Maßnahmen berücksichtigt werden, verpflichten sie alle Empfängerorganisationen, die Genderkennungen zu verwenden.

Starke Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einsetzen

Um die Teilhabe von Mädchen und Frauen an Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft und der Politik zu fördern, erhalten vorrangig Organisationen Fördermittel der niederländischen Regierung, die sich für Mädchen, junge Frauen und Frauen einsetzen und von ihnen geleitet werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf lokalen Organisationen, da diese mit den Bedürfnissen, den Problemen und geeigneten Ansätzen für den jeweiligen Kontext am besten vertraut sind. Darüber hinaus spielen Frauenorganisationen und von jungen Menschen geleitete Organisationen im Globalen Süden eine integrale Rolle bei der Einflussnahme auf die Lokalpolitik ihrer Regierungen, ihrer Gemeinschaften und anderer Akteurinnen und Akteure zugunsten der Gleichberechtigung und der Stärkung aller Mädchen, jungen Frauen und Frauen.

Mit dem Ziel, die politische Partizipation von Mädchen und Frauen in Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen im unteren Bereich zu steigern, richteten die Niederlande im Jahr 2016 einen Sonderfonds (2016-2020) mit der Bezeichnung „Funding Leadership and Opportunities for Women“ (FLOW) ein. Der Fonds unterstützt neun Entwicklungsprogramme, die von niederländischen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen (gemeinsam mit deren lokalen Partnerinnen und Partnern) durchgeführt werden und sich für politische Teilhabe von Mädchen und Frauen, die Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen und die wirtschaftliche Stärkung für diese Zielgruppe einsetzen. Das 93-Millionen-Euro-Programm wurde von Frauenorganisationen vor allem dafür kritisiert, dass die Mehrheit der Fördermittel eher an große niederländische und internationale Organisationen floss, als an kleinere Organisationen aus dem Süden. Die Niederlande nahmen diese Kritik ernst und richteten im Jahr 2017 einen Fonds speziell für die Finanzierung von Maßnahmen ein, die von Frauenorganisationen aus dem Globalen Süden entwickelt, implementiert und geleitet werden. Der „Leading from the South Fund“ (LFS) vergibt Zuwendungen an Jugend- und Frauenorganisationen und -bewegungen auf der ganzen Welt, um ihre Lobbyarbeit und ihre politische Fürsprache (Advocacy) für die Rechte von Mädchen und Frauen zu unterstützen.[XXVI]

Flexible Finanzierungsansätze ermöglichen einen intensiveren Dialog und mehr Flexibilität bei der Zusammenarbeit mit jungen Frauen und Männern

Das Ministerium für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit verfolgt einen einzigartigen flexiblen Förderansatz, bei dem das Ministerium mehrjährige Rahmenvereinbarungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen abschließt. Bei diesen Rahmenvereinbarungen müssen die Organisationen keine detaillierte Programmplanung über fünf Jahre für die angestrebten Zielsetzungen vorlegen, sondern können ihre Planung über den gesamten Projektzyklus anpassen. Diese Art der Förderung schafft Raum für eine reaktionsschnelle Planung, Pilotvorhaben und Lernerfahrungen. Vor allem bei der Arbeit mit jungen Menschen ist das besonders wichtig, da ihre Bedürfnisse sich in nur wenigen Jahren erheblich ändern können, sodass ein ständiger Dialog und große Flexibilität gefragt sind. Außerdem kann sich eine flexiblere Finanzierung sich ändernden politischen Rahmenbedingungen besser anpassen. Die meisten Geberländer wie Deutschland und Großbritannien verfolgen einen eher managementorientierten Ansatz, bei dem eine stärkere Betonung auf der ergebnisbasierten Programmplanung, der Wirtschaftlichkeit („Value for Money“) und der Einhaltung der festgelegten Zielsetzungen liegt.

Die Rahmenvereinbarungen werden über das Förderprogramm „Dialogue and Dissent. Strategic Partnerships for Lobby and Advocacy“ bereitgestellt, das ein Budget von 920 Millionen Euro für den Zeitraum 2016 bis 2020 umfasst.[XXVII] Mit dem Fonds werden strategische Partnerschaften zwischen 25 Organisationen und dem Ministerium gefördert. Daraus ergeben sich programmspezifische Allianzen. Alle für das Netzwerk ausgewählten Organisationen müssen Gender Mainstreaming in ihren Advocacy-Programmen gewährleisten. Bei vier Allianzen ist die politische Stärkung von Mädchen und jungen Frauen ein besonderer Fokus. Eine davon wird von Plan International Netherlands geleitet, die „Girls Advocacy Alliance“ (GAA), deren zentrales Element die institutionalisierte Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen ist.

In den Interviews wurde die Bedeutung des „Dialogue and Dissent Funds“ hervorgehoben, da die Unterstützung politischer Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft von großer Bedeutung ist, um die Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen und marginalisierten Gruppen wie Frauen, jungen Menschen und Mädchen eine lautere Stimme zu verleihen. Niederländische Organisationen werden von dem Fonds darauf ausgerichtet, ihre Lobby-Aktivitäten auf die Niederlande und die globale Ebene zu beschränken, statt die Advocacy-Arbeit der Organisationen aus dem Globalen Süden zu ersetzen. Stattdessen sollen sie die Organisationen im Süden stärken, ihre Kapazitäten aufbauen und Raum für Stimmen aus dem Süden schaffen, damit sie selbst Einfluss auf die Privatwirtschaft, nationale Regierungen und internationale Entscheidungsträgerinnen und -träger nehmen können.

IV) Fazit

Durch innovative Initiativen auf nationaler und globaler Ebene heben sich die Niederlande als Best-Practice-Geberland im Bereich der Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen gegenüber anderen Geberländern deutlich ab

Auch wenn die Niederlande finanziell gesehen nicht zu den drei wichtigsten Geberländern für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen gehören, ist die niederländische Regierung eine wichtige Fürsprecherin für das Thema und verfolgt vorbildliche Initiativen auf nationaler und globaler Ebene. Durch die neue Entwicklungspolitik sind Gleichberechtigung und die Stärkung von Mädchen und Frauen zu einem Querschnittsziel in allen Schwerpunktthemen geworden. Es wird dafür gesorgt, dass Mädchen und junge Frauen an Entscheidungsprozessen und an der Implementierung der bilateralen Entwicklungsprogramme der Niederlande auf der ganzen Welt beteiligt werden. Repräsentative Gruppen, unter anderem Mädchen und junge Frauen, werden häufig eingeladen, an politischen und diplomatischen Konsultationen auf der nationalen und internationalen Ebene teilzunehmen. Die Regierung verfolgt einen innovativen Förderansatz, der die Arbeit mit jungen Frauen und Männern vereinfacht. Die Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen wird priorisiert, und es werden langfristige und flexible Finanzierungsmechanismen angeboten, die Raum für eine reaktionsschnelle Planung, Pilotvorhaben und Lernerfahrungen bietet. Dieses Engagement kann als Beispiel für andere Länder dienen, die ihr Engagement zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ausbauen wollen.

Foto: Plan International/Johanna de Tessières

5. DAS ENGAGEMENT DER BUNDESREGIERUNG

Trotz einiger Erhöhungen in den letzten Jahren gibt Deutschland weniger als 0,2 Prozent seiner finanziellen Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen aus

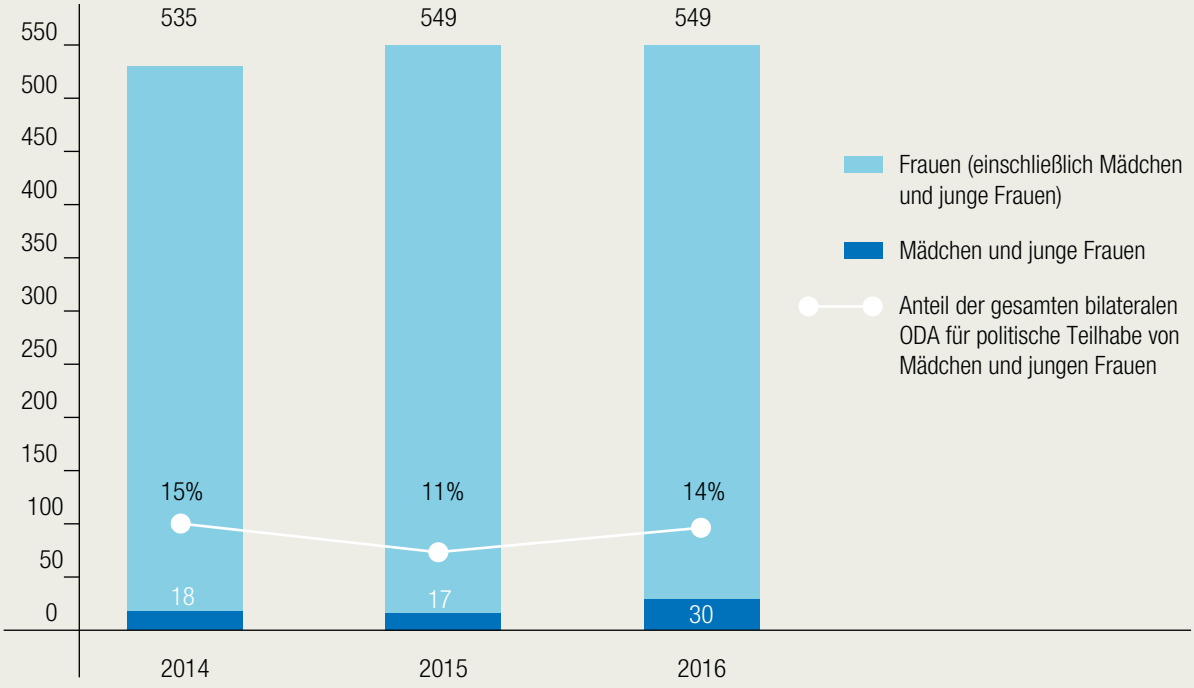
In absoluten Zahlen leistet Deutschland als zweitgrößter OECD-DAC-Geber 2017 einen erheblichen Beitrag zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen. Bei Betrachtung des Beitrags im Verhältnis zu der gesamten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit fällt Deutschland zurück.

Deutschland belegt bei der Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in der internationalen Gebergemeinschaft Rang 7. Zwischen 2014 und 2016 stellte die Bundesregierung im Durchschnitt 22 Millionen US-Dollar pro Jahr für diesen Bereich bereit. Dieser Betrag liegt jedoch deutlich unter dem der Geberländer mit dem höchsten Beitrag. Der Spitzenreiter Schweden erreichte das Vierfache dieser Summe (96 Millionen US-Dollar). Im Jahr 2014 verabschiedete das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sein erstes übersektorales Konzept zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der

ABBILDUNG 8

Deutsche ODA für die politische Teilhabe von Frauen (ingesamt) und von Mädchen und jungen Frauen

In Mio. USD



Quelle: Schätzungen von SEEK Development auf der Grundlage des OECD-Creditor Reporting System.

deutschen Entwicklungspolitik.[XXVIII] In diesem Konzept sind die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung der Frauenrechte im Bereich der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe als ein zentrales Ziel verankert. In dem dreijährigen Zeitraum hat Deutschland seine Beiträge von 18 Millionen US-Dollar (2014) auf 30 Millionen US-Dollar (2016) erhöht, was einem Anstieg von 65 Prozent entspricht. Auch die Anzahl der geförderten Vorhaben in diesem Bereich stieg von 114 US-Dollar im Jahr 2014 auf 172 US-Dollar im Jahr 2016. Dies ist ein Zeichen für einen erstarkenden politischen Willen.

Doch obwohl Deutschland in absoluten Zahlen zu den wichtigsten Geberländern gehört, relativiert sich dieses Ergebnis bei näherer Betrachtung. Deutschland weist der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen durchschnittlich nur 0,13 Prozent der gesamten bilateralen ODA zu (von 2014 bis 2016) und belegt damit nur Rang 19 der 30 im Rahmen dieses Berichts analysierten OECD-DAC-Geber. Dieser Anteil blieb im Zeitraum 2014 bis 2016 weitgehend unverändert (siehe Abbildung 8) und liegt weit unter dem Durchschnittswert von 0,46 Prozent für alle analysierten 30 OECD-DAC-Geber.

Betrachtet man die geografische Verteilung der finanziellen Förderung für das Thema, so wird deutlich, dass fast ein Drittel der deutschen Fördermittel in diesem Bereich nach Subsahara-Afrika fließt (von 2014 bis 2016 im Durchschnitt 31 Prozent), gefolgt vom Nahen Osten und Nordafrika (MENA), die im Durchschnitt 14 Prozent erhielten. Dies entspricht der Schwerpunktsetzung der deutschen Entwicklungspolitik auf diese beiden Regionen.[21] Die Bundesregierung legt einen zunehmenden Fokus auf die „Bekämpfung der Ursachen der Migration“ im Nahen Osten, Nordafrika und Afrika südlich der Sahara. Es ist daher wahrscheinlich, dass in den kommenden Jahren ein noch größerer Anteil der deutschen öffentlichen Entwicklungsgelder in diese Regionen fließen wird.

Betrachtet man die fünf OECD-Subsektoren, die als stellvertretend für die Messung der finanziellen Unterstützung für die Stärkung der politischen Teilhabe eingesetzt wurden, weist Deutschland den größten Teil seiner Fördermittel Vorhaben im Bereich „Menschenrechte“ (im Durchschnitt 46 Prozent) und „Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft“ zu (42 Prozent); 11 Prozent wurden eingesetzt, um staatliche und nichtstaatliche Organisationen zu fördern, die sich spezifisch für Gleichberechtigung und die Stärkung von Frauen einsetzen.

Während die Unterstützung Deutschlands für die politische Teilhabe von Mädchen gering ist, gehört die Bundesrepublik zu den wichtigsten Geberländern für die politische Teilhabe von Frauen

Während Deutschlands Beitrag für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen vergleichsweise gering ist, ergibt sich hinsichtlich der Förderung politischer Teilhabe von Frauen ein anderes Bild. In absoluten Zahlen ist Deutschland mit einem Beitrag von 544 Millionen US-Dollar pro Jahr (im Durchschnitt von 2014 bis 2016) hier an der Spitze der Geberländer. In relativen Zahlen ist Deutschland der zehntgrößte Geber, mit im Durchschnitt 3 Prozent der ODA-Mittel und liegt somit über dem OECD-DAC-Durchschnitt von 2 Prozent.

Insgesamt wendet Deutschland die Genderkennung in fast allen Projekten in allen Sektoren an (94 Prozent im Jahr 2016). Das weist darauf hin, dass die Bedeutung der Gleichberechtigung und die Überwachung der Fortschritte auf diesem Gebiet zunehmend wahrgenommen werden. 2016 hatten nur 1 Prozent der bilateralen Fördermittel Gleichberechtigung als Hauptziel (GG2), während 37 Prozent Gleichberechtigung als eins von mehreren Nebenzielen nannten (GG1).[XXIX] Es fließt jedoch immer noch mehr als die Hälfte (56 Prozent) der ODA-Leistungen in Vorhaben, die keine Gleichberechtigungsziele verfolgen (GG0).

I) Welche politischen Strategien stützen die Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen?

Das Konzept zur Gleichberechtigung der Geschlechter und der Gender Aktionsplan des BMZ priorisieren die politische Teilhabe von Mädchen und Frauen

Auch wenn der finanzielle Beitrag Deutschlands zur Unterstützung der politischen Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen begrenzt ist, verfügen die Bundesregierung und ihre entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen über Strategien und Leitsätze zur Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen, sowohl im eigenen Land als auch auf internationaler Ebene. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist ein erster Hinweis darauf, dass Kinder zunehmend als aktive Gesellschaftsmitglieder anerkannt werden.[XXX]

[21] Asien erhält 18 Prozent, Amerika erhält 19 Prozent, 14 Prozent bleiben in Europa, 7 Prozent sind „nicht aufteilbar“.

Die politischen Konzepte, an denen sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit orientiert, werden diesbezüglich weniger deutlich, nennen jedoch mehrere Ziele im Zusammenhang mit der Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und Frauen. Auf der Website des BMZ heißt es, dass die Realisierung „gleicher Rechte, gleicher Pflichten, gleicher Chancen und gleicher Macht für Frauen und Männer“ ausdrückliches Ziel und ein Grundsatz der deutschen Entwicklungspolitik ist.[XXXI] Im Jahr 2014 verabschiedete das Ministerium das erste sektorübergreifende Konzept zur Gleichberechtigung in der deutschen Entwicklungspolitik[XXXII], das die Grundlage des deutschen Engagements für Gleichberechtigung und die Stärkung von Frauen in Entwicklungsländern darstellt. Mit einem dreigleisigen Ansatz will Deutschland folgendes erreichen:

- „Gender Mainstreaming in allen entwicklungspolitischen Vorhaben und Projekten“.
- „Empowerment von Frauen und Mädchen durch frauenspezifische Fördermaßnahmen“
- „Systematische Verankerung der Themen Frauenrechte und Gleichberechtigung im bi- und multilateralen entwicklungspolitischen Politikdialog.“

Die politische Teilhabe und die Stärkung der Mitspracherechte und Führungskompetenzen von Frauen gehören im Bereich der Gleichberechtigung zu den zentralen Prioritäten des BMZ; es liegt dabei jedoch kein spezifischer Fokus auf Mädchen

Die konkreten Schwerpunktsetzungen und Maßnahmen, durch die das BMZ diese übergreifenden Ziele implementieren will, sind im „Entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020“, auch bezeichnet als „Gender Aktionsplan II (GAP II)“, festgehalten.[XXXIII] Die Verantwortung für die Implementierung und Überwachung des GAP II liegt beim BMZ-Referat Menschenrechte, Gleichberechtigung und Inklusion (Referat 402).

AKTIONSRAHMEN ZUR ERFÜLLUNG DES STRATEGISCHEN ZIELS DES GAP II ZU „TEILHABE, MITBESTIMMUNG UND REPRÄSENTATION“[XXXIV]

Strategische Ziele zur Förderung von Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation bis 2020:

- „Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen stärken“
- „Politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation von Frauen fördern, auch durch Förderung staatlicher Pflichtenträger, politische Teilhabe von Frauen zu gewährleisten, Partizipationsprozesse inklusiv zu gestalten und Teilhaberechte rechtlich und institutionell zu verankern“
- „Zivilgesellschaftliche Frauenrechtsarbeit unterstützen und Menschenrechtsverteidiger/innen schützen“

Ziele	Maßnahmen
EPD multilateral	Standards für institutionelle Rahmenbedingungen und demokratische Verfahren in der internationalen Gemeinschaft verbessern.
EPD bilateral	Standards für rechtliche Rahmenbedingungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter, insbesondere im Familien-, Eigentums- und Erbrecht, verbessern. Diskriminierende Gesetze und Verfahrensregelungen zur Stärkung des Zugangs zur Justiz von Frauen abbauen. Legal Aid Systeme aufbauen und stärken, die erreichbar und nachhaltig sind und den besonderen Bedürfnissen von Frauen entsprechen.
Empowerment	Weiterbildung, Personal- und Organisationsentwicklung (capacity building) von Frauen und Frauenrechtsorganisationen für eine deutliche sichtbare und entscheidungs-relevante politische Teilhabe von Frauen auf allen politischen Ebenen (z. B. auch kommunal) fördern. Vorhaben beauftragen, die die politische Teilhabe von Frauen und Selbstvertretungsorganisationen, unter Einbeziehung von ethnischen Minderheiten, Frauen mit Behinderungen, Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen u.a. gezielt fördern.
Gender Mainstreaming	Zivilgesellschaftliche Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, inklusive nationale Menschenrechtsinstitutionen und Organisationen von LGBTI-Menschen, als strategische Partnerinnen und Partner einer repräsentativen und geschlechtergerechten Demokratie stärken.

Der GAP II nennt neun Themenfelder, die in Anlehnung an die SDGs und die eigenen sektorspezifischen Schwerpunkte des BMZ ausgewählt wurden. Die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen, jungen Frauen und Frauen sind das erste Themenfeld. Konkret will das BMZ, den „Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen, ihre politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation“ („Participation, Voice and Leadership”) stärken. Für dieses übergreifende Ziel sind sieben strategische Unterziele differenziert worden, die das BMZ bis 2020 erreichen will. Daraus lässt sich schließen, dass das BMZ erkannt hat, wie wichtig die Förderung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu politischer Teilhabe ist. Die politische Teilhabe von Mädchen wird jedoch nicht spezifisch erwähnt.

Die Experteninterviews haben ergeben, dass es zwei zentrale Kritikpunkte am GAP II gibt:

- Der GAP II betrachtet Mädchen nicht als eigenständige Zielgruppe. Alle dort beschriebenen Maßnahmen beziehen sich auf erwachsene Frauen, während Mädchen oder junge Frauen nicht erwähnt werden. Das ist problematisch, weil die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen nicht ausreichend berücksichtigt werden - weder auf strategischer noch auf programmatischer Ebene.

- Der GAP II ist nicht mit einem eigenen Budget ausgestattet, da das BMZ die finanzielle Unterstützung zur Förderung von Vorhaben zur Gleichberechtigung über die Regionalreferate abwickelt. Das führt dazu, dass zur Umsetzung andere Akteurinnen und Akteure und Abteilungen in den Ministerien notwendig sind.

Die Road Map für 2017 beinhaltete erstmals das Handlungsfeld „Participation, Voice and Leadership“. Dieses Handlungsfeld wird in der Road Map 2018 wieder aufgegriffen

Der GAP II wird durch jährliche Road Maps ergänzt, in denen die Schwerpunktmaßnahmen und konkret angestrebte Wirkungen aufgeführt sind. Die Road Maps veranschaulichen die Maßnahmen zu den GAP II-Themenfeldern, die im Rahmen der Road Map erreicht werden sollen. Die Maßnahmen werden in Form von Leuchtturm-Projekten und Meilensteinen dargestellt.[22] Im Gegensatz zur Road Map 2016 sind die Road Maps für 2017 und 2018 eng mit den sektoralen Themenfeldern des GAP II verknüpft.[XXXV] Auf diese Weise werden Einblicke in konkrete vom BMZ geförderte Projekte zur Umsetzung des GAP II möglich. Das Themenfeld „Participation, Voice and Leadership” wurde zum ersten Mal in der Road Map 2017 aufgegriffen. In der Road Map 2018 wird der Themenkomplex „Participation, Voice and Leadership“ von elf Meilensteine und zwei Leuchttürmen untermauert. Allerdings werden Mädchen und junge Frauen lediglich in zwei Meilensteinen erwähnt.[23] Damit ist die Zahl der Meilensteine und Leuchttürme im Vergleich zur Road Map 2017 um sechs Meilensteine und ein Leuchtturm zurückgegangen, von denen drei Projekte spezifisch auf Mädchen und/oder junge Frauen ausgerichtet waren. Laut Angaben des BMZ erheben die aufgeführten Projekte keinen Anspruch auf Vollständigkeit und vermitteln lediglich einen beispielhaften Eindruck des deutschen Engagements auf diesem Gebiet. Dies erschwert jedoch ein wirksames externes Monitoring der Implementierung der Road Map und des Gender Aktionsplans. Darüber hinaus behindern fehlende Indikatoren für das geplante Engagement Deutschlands ein effektives Monitoring.

Zusätzlich veröffentlicht das BMZ alljährlich einen Umsetzungsbericht zur Road Map. Der jüngste Umsetzungsbericht bezieht sich auf die Road Map 2016 und hebt insbesondere die Priorisierung der Schwerpunkte „Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht“ und „Erwerbsarbeit und wirtschaftliches Empowerment“ besonders hervor – auch wenn diese nicht spezifisch an Mädchen und junge Frauen gerichtet waren.[XXXVI] Obwohl politische Teilhabe kein konkretes Handlungsfeld der Road Map 2016 darstellt, werden in dem Bericht sechs im Jahr 2016 implementierte Projekte beschrieben, die sich auf die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen beziehen, unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung und zur Schaffung sicherer Städte für Mädchen und junge Frauen. Die Road Maps und die dazugehörigen Umsetzungsberichte stehen häufig in der Kritik, da lediglich ausgewählte Projekte beschrieben werden, statt eine umfassende Liste relevanter Projekte unter Angabe von Fördervolumen, Indikatoren und Fortschritten zu liefern. Da disaggregierte Daten fehlen, kann das BMZ das Fördervolumen, das spezifisch für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen eingesetzt wird, nicht genau beziffern, unter anderem weil nicht bekannt ist, welcher prozentuale Anteil der Fördermittel für ein GG1-Vorhaben tatsächlich der politischen Teilhabe

[22] Meilensteine sind Maßnahmen, mit denen die Ziele des GAP II im jeweiligen Jahr umgesetzt werden sollen. Das können unter anderem bilaterale und regionale Vorhaben in den Partnerländern oder Komponenten davon, multilaterale Projekte, Projekte von NROs oder Stiftungen sein. Als Leuchttürme werden prioritäre Maßnahmen und Aktivitäten der Meilensteine bezeichnet. Sie repräsentieren den jeweiligen Schwerpunkt des entsprechenden Meilensteins besonders gut.

[23] Diese Meilensteine beziehen sich auf „1) Information weiblicher, vor allem junger, Wählerinnen über die Kommunal- und Parlamentswahlen in Kambodscha durch Online- und Radioprogramme und öffentliche Diskussionsforen. 2) Nutzung von Musik, Theater, Literatur und Film als Instrumente für Meinungsbildung, politische Teilhabe und Inklusion von Frauen und Mädchen in Afrika und dem Nahen Osten.“

von Mädchen und jungen Frauen zugutekommt. Um ein externes Monitoring und Rechenschaft zu ermöglichen, sollte zukünftig zu den jährlichen Road Maps und Umsetzungsberichten, die nur verschiedene Meilensteine und Leuchttürme beschreiben, ein zusätzliches Dokument erstellt werden, welches eine Übersicht über alle Projekte und die bereitgestellten Fördermittel für alle Schwerpunktthemen liefert.

Die staatlichen Durchführungsorganisationen Deutschlands, die GIZ und die KfW, haben eigene Strategien für die Stärkung von Frauen, wobei Mädchen und junge Frauen nirgendwo spezifisch erwähnt werden

Die beiden staatlichen Durchführungsorganisationen, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die für die Planung und Durchführung der internationalen technischen Zusammenarbeit Deutschlands mit den Partnerländern zuständig ist, und die KfW Entwicklungsbank, die die finanzielle Zusammenarbeit durchführt, haben ihre eigenen Strategien für Gleichberechtigung und Stärkung von Frauenrechten. Doch wird weder in den Strategien der GIZ[XXXVII] noch der KfW[XXXVIII] die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen spezifisch erwähnt. Die Strategien sind zuletzt im Jahr 2012 beziehungsweise 2011 aktualisiert worden. Trotz eigener Strategien orientieren sich beide Durchführungsorganisationen am GAP II des BMZ.

Die GIZ ist sowohl bei der Verhandlung von Partnerschaftsvereinbarungen als auch bei der Implementierung von Programmen an Regierungskonsultationen mit Partnerländern beteiligt. Auch wenn diese Gespräche an die Bedarfe und Interessen der Partnerregierungen angepasst sind, könnte die GIZ die Konsultationen und Projekte nutzen, um sich für die Inklusion von Mädchen und jungen Frauen in staatliche Entscheidungsprozesse einzusetzen. Laut der befragten Expertinnen und Experten wird diese Möglichkeit von der GIZ bisher nicht ausreichend genutzt.

Der BMZ Jugendaktionsplan „Agents of Change“ legt einen Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendrechte in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit; die besondere Situation und Bedürfnisse von Mädchen werden jedoch nicht erwähnt

In der Einleitung des BMZ Aktionsplans „Agents of Change“ aus dem Jahr 2017 wird besonders hervorgehoben, dass „junge Menschen ein Recht auf aktive Teilhabe an Entscheidungen haben, die sie betreffen – auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene.“[XXXIX] Weiter heißt es darin: „Die Stimme junger Menschen braucht Gehör, um deren Ideen und Lösungsansätze in Wert zu setzen. Daher nimmt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ernst“. Der Aktionsplan, der gemäß dem zentralen Prinzip der Agenda 2030 „leave no one behind“ formuliert wurde, hebt Kinder als „entscheidende Träger und Trägerinnen des Wandels“ hervor. Er enthält die Prioritäten und Ziele, die Deutschland für sich festgelegt hat, um Kinder und Jugendliche zu fördern. Obwohl der Aktionsplan Gleichberechtigung als Grundsatzprinzip unterstreicht und die besondere Situation und Bedürfnisse von Mädchen anerkennt, werden in den „Handlungsfeldern“, an denen die Maßnahmen des BMZ bis 2019 orientiert sind, Mädchen und Jungen fast ausschließlich als eine Gruppe betrachtet, außer wenn es um den besonderen Schutz von Mädchen vor Gewalt und Missbrauch geht.

An der Entwicklung des Aktionsplans beteiligte das BMZ aktiv junge Freiwillige von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Plan International Deutschland, UNICEF und terre des hommes. Darüber hinaus wurde eine Jugendkonsultation mit 24 jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren über einen Zeitraum von fünf Monaten durchgeführt. Dieser Konsultationsprozess traf in der Zivilgesellschaft auf große Zustimmung und könnte als Beispiel für künftige Aktualisierungen anderer Schlüsselstrategien des Bundesministeriums dienen.

II) Welche Initiativen verfolgt Deutschland auf globaler Ebene?

Deutschland nutzt seine Führungsrolle in internationalen Foren wie den G7 oder G20, um Gleichberechtigung voranzubringen

Deutschland hat zu verschiedenen Gelegenheiten seine Position in globalen Foren genutzt, um die Gleichberechtigung und Rechte von Mädchen und jungen Frauen auf internationaler Ebene zu thematisieren. Während der Verhandlungen zur Agenda 2030 setzte sich die Bundesregierung für die Verankerung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Frauen als eigenes SDG und als Querschnittsthema für die gesamte Agenda ein.

Auch während der jüngsten G7- und G20-Präsidentschaften machte Deutschland sich für die Förderung von Gleichberechtigung stark. In Anbetracht des wirtschaftlichen Schwerpunkts dieser Foren lag der Fokus entsprechend eher auf der wirtschaftlichen und nicht auf der politischen Stärkung von Frauen. Im Jahr

2015 nutzte Deutschland die G7-Präsidentschaft, um sich für Genderfragen, gegen Gewalt gegen Frauen und für die Beseitigung von Barrieren einzusetzen, die die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen behindern. Noch im selben Jahr startete Deutschland eine Initiative, die auf die wirtschaftliche Stärkung von Frauen fokussiert ist und zum Ziel hat, die Teilnahme von Mädchen und Frauen an Fach- und Berufsausbildungen um ein Drittel zu erhöhen.

Im Jahr 2017 nutzte Deutschland seine G20-Präsidentschaft, um das Thema prominent auf die Agenda zu setzen: Die Abschlusserklärung der G20 nannte die wirtschaftliche und finanzielle Inklusion und Bildung von Frauen als zentrale Maßnahmen für die Schaffung verbesserter nachhaltiger Lebensgrundlagen. Den Interviews zufolge hängt das Engagement auf globaler Ebene größtenteils vom persönlichen Einsatz von Bundeskanzlerin Angela Merkel ab, wird jedoch nicht durch einen vermehrten Einsatz des BMZ oder zusätzliche Fördermittel für die Implementierung unterstützt. Das muss sich ändern, wenn die Bundesrepublik eine international bedeutendere Rolle als Verfechterin der Rechte von Mädchen und jungen Frauen anstrebt.

Am Rande des letzten G7-Gipfels in Kanada sagten mehrere Länder zusätzliche Entwicklungsgelder und einen gestärkten politischen Willen für mehr Bildung in Krisen- und Konfliktregionen insbesondere für Mädchen zu, und Deutschland kündigte für 2018 die Bereitstellung zusätzlicher 75 Millionen US-Dollar für dieses Thema an[24].

2019 und 2020 wird Deutschland einen nichtständigen Sitz im UNSC einnehmen. Bundesaußenminister Heiko Maas hat zugesagt, die Agenda für „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zu einer Priorität der Mitgliedschaft Deutschlands zu machen.[XL] Die Agenda beinhaltet die stärkere Beteiligung von Frauen an Konfliktprävention und -management sowie Wiederaufbaumaßnahmen nach Beendigung von Konflikten und besonderen Schutz von Mädchen, jungen Frauen und Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten (Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats). Ob Mädchen und jungen Frauen im Hinblick auf diesen Punkt der Agenda während der Mitgliedschaft 2019/2020 besonderes Augenmerk geschenkt wird, bleibt abzuwarten.[25]

Zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen digitalen Kluft in Ländern mit geringem Einkommen rief Deutschland im Rahmen der Präsidentschaft im Jahr 2017 die G20-Initiaitve „#eSkills4girls“ ins Leben

Mehrere Interviewpartnerinnen und Interviewpartner wiesen nachdrücklich darauf hin, dass viele Geberländer, darunter auch Deutschland, die Bedeutung digitaler Fähigkeiten und Technologien für das politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Jugendlichen und vor allem von Mädchen und jungen Frauen erkannt haben. Im Jahr der G20-Präsidentschaft rief das BMZ die Initiative „#eSkills4Girls“ ins Leben, um auf die geschlechtsspezifische digitale Kluft hinzuweisen. Die Initiative wird von allen Staats- und Regierungschefs der G20 und von der UNESCO, UN Women, der OECD und der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) unterstützt.

Im Rahmen von #eSkills4Girls implementierte das BMZ eine Reihe von Maßnahmen, darunter einen globalen Ideenwettbewerb (den „Hackathon“) zu praktischen Lösungen für die Überwindung der digitalen Kluft zwischen Frauen und Männern. Darüber hinaus wurde ein Netzwerktreffen von Frauen aus ganz Afrika, die in Initiativen mitarbeiten, in denen Mädchen das Programmieren erlernen sowie eine Studie, in der weibliche Vorbilder aus der digitalen Wirtschaft portraitiert werden, gefördert. Auch wenn dies eine wichtige Initiative der G20 ist, ist die Bezeichnung „#eSkills4Girls“ für das Programm unzutreffend. Bei genauerer Betrachtung der von Deutschland im Rahmen der Initiative initiierten Programme wird deutlich, dass die meisten davon an erwachsene Frauen und weniger spezifisch an Mädchen gerichtet sind.

III) Was tut Deutschland in seinen bilateralen Programmen, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu fördern?

Projekte zur Förderung von Gleichberechtigung werden häufig auf ihre Relevanz speziell für Mädchen überprüft. Sie zielen jedoch nur selten auf die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ab

Laut der Analyse der Fördermittel, die anhand der OECD-Daten zugunsten der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen eingesetzt wurden, gab es 173 von Deutschland geförderte Projekte unmittelbar zu diesem Themenbereich. Die Projekte hatten im Durchschnitt ein Budget von 180.000 US-Dollar pro Jahr.

[24] Wie diese Mittel verteilt werden, ist noch abzuwarten.

[25] Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland jedes Jahr an der UN-Frauenrechtskommission. Während der 62. Sitzung der FRK im März 2018 waren auch zwei junge Frauen in der deutschen Delegation, um die Vertretung der Interessen von Mädchen und jungen Frauen auf globaler Ebene sicherzustellen.

Auch wenn das Engagement Deutschlands zur Unterstützung der politischen Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen begrenzt ist, werden Projekte mit Gender-Relevanz nach Angaben des BMZ häufig dahingehend überprüft, ob sie explizit für Mädchen relevant sind. Beispielsweise werden Projekte zur Bekämpfung häuslicher Gewalt überprüft, ob Mädchen und Frauen an ihrer Ausgestaltung beteiligt sind. Bei Projekten gegen weibliche Genitalverstümmelung liegt der Schwerpunkt darauf, einen Dialog unter Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen zu ermöglichen. Mehrere Projekte für die Stärkung von Mädchen sind auf die Schaffung weiblicher Vorbilder und Mentorinnen fokussiert. Die direkte Zielgruppe bilden daher eher Frauen als Mädchen und junge Frauen. Ein weiteres in den Interviews häufig angesprochenes Problem ist die Schwierigkeit, Mädchen und junge Frauen zu erreichen, die im informellen Sektor leben und arbeiten.

Spezifisch an Mädchen und junge Frauen gerichtete Projekte werden ebenso wie die Projekte für die Teilhabe von Jugendlichen an die verschiedenen geografischen Regionen und Partnerländer angepasst. Während viele Projekte in von Konflikten betroffenen Regionen (wie Afghanistan und MENA) darauf fokussiert sind, die formelle politische Teilhabe und die Führungsfähigkeiten im Friedensdialog zu verbessern, konzentrieren sich Projekte in anderen Regionen darauf, junge Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, junge Künstlerinnen und Künstler oder ethnische Minderheiten ins Boot zu holen oder die Rechte junger Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbessern. Die Aktivitäten in Lateinamerika konzentrieren sich darauf, die politische Teilhabe von jungen Menschen durch die Nutzung neuer Medien zu fördern, um schwierige und tabuisierte Themen wie Jugendkriminalität und Sexualität anzusprechen und die Reichweite der Maßnahmen auf ländliche Gebiete auszuweiten.

Die gendersensible Planung von Zielen, Strategien und Aktivitäten wird durchgängig angewendet

Allgemeiner ausgedrückt verpflichtet sich das BMZ, für die gendersensible und menschrechtsbasierte Planung und Durchführung aller Projekte zu sorgen. Dies beinhaltet die Nutzung expliziter gendersensibler Wirkungsindikatoren bei der Projektkonzeption und eine gendersensible Budgetierung und Personaleinsatzplanung. Darüber hinaus unterstreicht das BMZ die Bedeutung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern an der Konzeption, an Entscheidungsprozessen und in den Managementgremien von Projekten. Diese fortschrittlichen Ansätze könnten um einen altersensiblen Ansatz erweitert werden.

Gute interministerielle Zusammenarbeit

Das BMZ gibt an, dass im Bereich der Partizipation von Jugendlichen und insbesondere der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen eine gute Zusammenarbeit mit anderen Ministerien besteht. Es gibt eine enge Zusammenarbeit und Konsultation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), zum Beispiel in Fragen zu internationalen Übereinkommen und Anmerkungen zu UN-Resolutionen oder parlamentarischen Anfragen. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt stehen die Förderung der Umsetzung der UN-Resolution 1325 und die Stärkung der Rolle junger Frauen in Friedensverhandlungen und bei der Friedenssicherung. Das Justizministerium leitet die Bemühungen Deutschlands zur Bekämpfung von Kinderehen und zur Verankerung der Rechte der Kinder im Grundgesetz.

IV) Fazit

Deutschland zeigt einige gute Ansätze zur Unterstützung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen, muss jedoch das politische und finanzielle Engagement noch deutlich ausweiten, um hier zu einem wichtigen globalen Akteur zu werden

In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland der zweitgrößte OECD-DAC-Geber ist, ist der deutsche finanzielle Beitrag zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen gering. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland gemessen am Anteil der ODA-Leistungen für dieses Thema weit zurück. Das BMZ hat die Bedeutung der politischen Teilhabe von Mädchen und Frauen und deren Stärkung erkannt und räumt dem Thema in ihrem sektorübergreifenden Konzept zur Gleichberechtigung, dem GAP II und der Road Map 2017 entsprechende Priorität ein. Wenn Deutschland sein Engagement in diesem Bereich weiter ausbauen will, muss sichergestellt werden, dass Mädchen und junge Frauen als separate Zielgruppen mit spezifischen Bedürfnissen angesehen werden, statt „Frauen und Mädchen“ als eine Gruppe zu betrachten. Außerdem müssen Fördermittel für die Implementierung der Ziele und Maßnahmen bereitgestellt werden, die in den zentralen Schlüsseldokumenten zum Thema zur Gleichberechtigung dargelegt sind. Deutschland blickt auf erste Erfolge in der Positionierung des Themas „Empowerment von Mädchen und jungen Frauen“ auf internationaler Ebene zurück. Es wird dringend empfohlen, dieses Engagement über die vergangenen G7- und G20-Präsidentschaften hinaus fortzusetzen.

6. EMPFEHLUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Foto: Bas Bogaerts/Plan International

1 Die finanzielle Unterstützung für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen muss ausgeweitet werden

Die Bundesregierung und vor allem das BMZ müssen die zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern bereitgestellten Fördermittel erheblich aufstocken. Die aktuellen Ausgaben von 22 Millionen Euro pro Jahr oder 0,13 Prozent der gesamten bilateralen ODA Deutschlands sind bei weitem nicht ausreichend. Daher muss das BMZ in Erwägung ziehen, für den Gender Aktionsplan 2016-2020 einen eigenen Finanzrahmen bereitzustellen. Ein bestimmter Betrag oder Teil davon muss dann der Förderung von Mädchen und jungen Frauen zugewiesen werden.

Darüber hinaus muss das BMZ sicherstellen, dass zusätzlich zu den jährlichen Road Maps zum GAP II ein zusätzliches Dokument mit konkreten Zahlen dazu erstellt wird, wie viele Projekte zur Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen insgesamt unterstützt werden. Aktuell liegt der Fokus in den Roadmaps und deren Umsetzungsberichten auf der Beschreibung einzelner Vorzeigeprojekte. Eine größere Transparenz der Finanzierung würde ein externes Monitoring der Implementierung des Gender Aktionsplans ermöglichen.

Des Weiteren muss das BMZ dafür sorgen, dass ein bestimmter Anteil oder eine bestimmte Summe der bilateralen Fördermittel Gleichberechtigung als Hauptziel hat (Genderkennung GG2). Der Dachverband der deutschen Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (VENRO) fordert, dass jährlich 200 Millionen Euro von Deutschlands bilateralen Fördermitteln GG2-Projekten vorbehalten bleiben müssen.[XLI] Plan International Deutschland unterstützt diese Forderung und fordert zudem, dass nach kanadischem Vorbild langfristig 15 Prozent der bilateralen ODA spezifisch zur Förderung von Gleichberechtigung und der politischen Teilhabe von Mädchen und Frauen eingesetzt werden.

2 Mädchen müssen als eigenständige Zielgruppe in allen strategischen Dokumenten definiert werden, insbesondere im Gender Aktionsplan

In allen politischen Strategien, globalen Initiativen und bilateralen Projekten der Bundesregierung müssen Mädchen als unterscheidbare Zielgruppe definiert werden. Zurzeit werden Mädchen und junge Frauen zumeist in der Gruppe „Frauen und Mädchen“ zusammengefasst. Dies erschwert eine Berücksichtigung der besonderen Situation und Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen.

Insbesondere muss das BMZ sicherstellen, dass bei der nächsten Überarbeitung der beiden Schlüsselstrategien (des Konzepts zur Gleichberechtigung in der deutschen Entwicklungspolitik aus dem Jahr 2014 und des GAP II einschließlich der jährlichen Road Maps) ausdrücklich Prinzipien und Maßnahmen genannt werden, die auf Mädchen und junge Frauen als eigenständige Gruppen zugeschnitten sind. Hier kann Deutschland von Schwedens „Lebenszyklus-Ansatz“ und von Kanadas „Feminist International Assistance Policy“ lernen.

3 Sicherstellung eines inklusiven und transparenten Konsultationsprozesses mit der Zivilgesellschaft bei der nächsten Aktualisierung von Schlüsselstrategien

Bei der nächsten Aktualisierung des Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungspolitik aus dem Jahr 2014 und des Gender Aktionsplans 2016-2020 muss das BMZ einen inklusiven und transparenten Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft und internationalen Expertinnen und Experten sowie Fachleuten sicherstellen. Mädchen und junge Frauen müssen ebenso wie Organisationen, die für sie und mit ihnen arbeiten, aktiv an dem Prozess beteiligt werden.

Die Empfehlungen aus dem Konsultationsprozess müssen vom BMZ bei der Entwicklung neuer Strategien auf sinnvolle Weise berücksichtigt werden. Bei der Entwicklung der „Agents of Change“ Strategie zwischen 2015 und 2016 hatte die Bundesregierung einen Jugendkonsultationsprozess organisiert. Dieser kann als Vorbild bei der Aktualisierung des Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter und des Gender Aktionsplans dienen.

4 Sicherstellung der aktiven Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen an allen durch das BMZ geförderten Projekten

Die Aufnahme des Schwerpunkts „Participation, Voice, Leadership” in die jährlichen Road Maps zum Gender Aktionsplan ist eine positive Entwicklung und muss auch in den Road Maps der kommenden Jahre beibehalten werden.

Mädchen und junge Frauen müssen systematisch an demokratischen Strukturen und Entscheidungsprozessen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene beteiligt werden. Dabei darf sich Teilhabe aber nicht auf die Partizipation in politischen Foren beschränken. Vielmehr müssen Mädchen und junge Frauen die Möglichkeit haben, sich in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen zu beteiligen. Das BMZ und seine Durchführungsorganisationen GIZ und KfW müssen daher sicherstellen, dass Mädchen und junge Frauen aktiv und regelmäßig an der Konzeption, der Implementierung, dem Monitoring und der Evaluierung von Entwicklungsprojekten in allen Sektoren beteiligt werden.

Um eine erfolgreiche Umsetzung dieser Empfehlung zu ermöglichen, müssen ausreichende finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sollte das BMZ in Erwägung ziehen, die Partizipationsmöglichkeiten für Mädchen und junge Frauen in Deutschland an entwicklungspolitischen Fragen durch entsprechende Formate zu verbessern.

5 Erhöhung der Fördermittel für Mädchen- und Frauenrechtsorganisationen und flexiblere Finanzierung

Wenn Projekte Mädchen und junge Frauen erreichen sollen, müssen die traditionellen Fördermodelle überdacht werden. Erstens, ist eine engere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen nötig. Diese Organisationen arbeiten häufig mit lokalen Partnerinnen und Partnern zusammen, vor allem mit Mädchen- und Frauenorganisationen, die über die Situation vor Ort am besten Bescheid wissen. Zweitens, wird eine Förderung benötigt, die über einen längeren Zeitraum zur Verfügung steht, idealerweise für fünf Jahre wie in den Niederlanden, um die Finanzierung vorhersagbar und planungssicher zu machen. Drittens, muss für die Nutzung der Mittel mehr Flexibilität eingeräumt werden, um mehr Raum für eine reaktionsschnelle Planung, Pilotvorhaben und Lernerfahrungen zu schaffen.

6 Nutzung des internationalen Ansehens von Deutschland, um die Sichtbarkeit des Themas Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen auf globaler Ebene zu stärken

Als weltweit zweitgrößter ODA-Geber, kann die Bundesregierung die entwicklungspolitische Agenda maßgeblich mitbestimmen. Sie muss diese einzigartige Position dazu nutzen, um international das Bewusstsein für die Rechte und die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zu stärken und damit das Thema zu einer Priorität der globalen Entwicklungsagenda zu machen.

Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass die jüngsten Anstrengungen Kanadas im Rahmen der G7 zur Stärkung von Mädchen und Frauen während der gesamten Präsidentschaft aufrechterhalten werden. Außerdem sollte die Bundesregierung die enge Beziehung zu Frankreich nutzen, um sich dafür einzusetzen, dass das Thema politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen im Jahr 2019 prominent auf die G7-Agenda Frankreichs gesetzt wird.

2019 und 2020 wird Deutschland einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat einnehmen. Es muss sein Versprechen einhalten, die Agenda für „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zu einer Priorität der Mitgliedschaft Deutschlands zu machen.

Außerdem sollten sich das BMZ und seine Durchführungsorganisationen GIZ und KfW in der bilateralen Zusammenarbeit mit Partnerländern, insbesondere bei Regierungskonsultationen und Verhandlungen, für die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen an Entscheidungsprozessen einsetzen.

7 Die Qualität der Daten zu Mädchen und jungen Frauen muss verbessert werden

Das BMZ muss eine systemische Aufschlüsselung von Daten nach Geschlecht und Alter für alle Projekte fordern, die Gleichberechtigung als Hauptziel (Genderkennung GG2) oder Nebenziel (Genderkennung GG1) haben, um besser ermitteln zu können, welche Fördermittel Mädchen und jungen Frauen zugutekommen. Darüber hinaus sollte die GIZ für eine bessere Datenerhebung auf der Projekt- und Länderebene sorgen und auch die Partnerländer bei der Erhebung von Daten zu Mädchen und jungen Frauen unterstützen.

Zudem ist die Datenberichterstattung an die OECD zu den Entwicklungsprojekten – sowohl durch Deutschland als auch durch andere Geberstaaten – verbesserungswürdig. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Verwendung der Genderkennungen nicht geregelt, und die Länge der Projektbeschreibungen variiert sehr stark. Alle Geberländer sollten daher koordinierte Anstrengungen ergreifen, um die Berichterstattung an die OECD zu verbessern. Dies würde die Vergleichbarkeit der Geberfinanzierung für den Themenbereich signifikant verbessern und die Überwachung des Fortschritts im Hinblick auf SDG 5 zur Geschlechtergerechtigkeit wesentlich erleichtern.

ANHANG

1. Liste der befragten Organisationen

Kategorie	Organisation
Staatliche Einrichtungen	BMZ – Referat 402: Menschenrechte, Gleichberechtigung, Inklusion
	KfW Entwicklungsbank – Kompetenzzentrum Soziale Entwicklung und Krisen
Zivilgesellschaft	Plan International, Koordinierungsstelle
	Plan International Deutschland
	Plan International Netherlands
	Plan International Canada
Internationale Expertinnen und Experten	Equal Measures 2030
	ACTION Secretariat at Results Educational Fund
	UN WOMEN

2. Beschreibung der untersuchten OECD-Subsektoren

Beschreibungen zu den relevanten Subsektoren-Codes des OECD CRS im Sektor „Staat und Zivilgesellschaft“ (151), die stellvertretend für politische Teilhabe verwendet wurden

CRS-Code	Erläuterungen zum Code
Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft (15150)	Förderung der Ausübung von Demokratie und diversen Formen der Bürgerbeteiligung über Wahlen (15151) hinaus; Instrumente der direkten Demokratie wie Referenden und Bürgerinitiativen; Unterstützung von Organisationen bei der Vertretung von und beim Einsatz für ihre Mitglieder und deren Interessen, beim Monitoring von, kritischen Dialog mit und Einfordern von Rechenschaft gegenüber Regierungen, sowie bei der Schulung der Bürger im Hinblick auf Handeln im öffentlichen Raum; Lehrpläne und politische Bildung auf verschiedenen Ebenen. (Dieser Code umfasst nur auf Regierungsführung ausgerichtete Maßnahmen. Wenn die Zivilgesellschaft mit nicht regierungsführungsbezogenen Zielen gefördert wird, sind andere geeignete Codes zu verwenden.)
Medien und freier Informationsfluss (15153)	Maßnahmen zur Förderung eines freien und unzensierten Informationsflusses zu öffentlichen Fragen; Maßnahmen zur Steigerung der journalistischen und technischen Fähigkeiten und der Integrität von Printmedien und Radio/Fernsehen, z.B. Schulung von Journalisten.
Organisationen und Institutionen zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau (15170)	Unterstützung für Institutionen und Organisationen (staatliche und nichtstaatliche), die sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen einsetzen.

Menschenrechte (15160)	Maßnahmen zur Förderung spezialisierter öffentlicher Menschenrechtsinstitutionen und -mechanismen auf weltweiter, regionaler, nationaler und lokaler Ebene in ihrer gesetzlichen Rolle zur Förderung und zum Schutz von bürgerlichen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten im in den internationalen Übereinkommen und Pakten definierten Sinne; Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen in nationales Recht; Berichterstattung und Nachhaltung; Menschenrechtsdialog. Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechts-NROen; Lobbyarbeit, Aktivismus und Mobilisierung der Öffentlichkeit im Hinblick auf Menschenrechte; Bewusstseinsbildung und Menschenrechtsbildung für die Öffentlichkeit. Menschenrechtsmaßnahmen, die auf spezifische Gruppen abzielen, z.B. Kinder, Menschen mit Behinderungen, Migranten, ethnische, religiöse, sprachliche oder sexuelle Minderheiten, Indigene und Menschen, die unter Kastendiskriminierung leiden, Opfer von Menschenhandel, Folteropfer.
Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden (15180)	Unterstützung für Programme, die zur Verhinderung und Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen/geschlechterspezifischer Gewalt entwickelt wurden. Dies umfasst eine große Bandbreite physischer, sexueller und psychischer Gewalt, einschließlich insbesondere Gewalt in der Partnerschaft (häusliche Gewalt), sexuelle Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C), Kinder-, Früh- und Zwangsehen, Säureangriffe, Ehrenmorde und den Handel mit Frauen und Mädchen. Präventionsmaßnahmen können Aktivitäten zum Empowerment von Frauen und Mädchen, zur Veränderung von Einstellungen, Normen und Verhalten, die Verabschiedung und gesetzliche Umsetzung von Rechtsreformen und die verstärkte Durchsetzung von Gesetzen und politischen Regelwerken zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen beinhalten, auch durch die Stärkung institutioneller Kapazitäten (Organisationsentwicklung). Interventionen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen/geschlechterspezifische Gewalt können die Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen einschließlich Rechtshilfe, psychosoziale Beratung und Gesundheitsfürsorge beinhalten, sowie die Schulung von Personal, um effektiver auf die Bedürfnisse von Überlebenden eingehen zu können und die Untersuchung, strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von Gewalttätern sicherzustellen.

3. Für die Stichwortsuche verwendete Stichwörter[26]

Englisch	Deutsch	Spanisch	Französisch
Girl	Mädchen	Niña	Fille
Child	Kind	Niño	Enfant
Youth	Jugend	Juventud	Jeune
Kids	Junge Frau	Joven	Mineur
Young	Minderjährig	Menor	
Adolescent	Jung	Hijos	
Teen		Hijas	
Daughter			
Minor			
Juvenile			

[26] Die Liste der englischen Stichwörter besteht aus 10 Wörtern, die Listen für die anderen drei Sprachen umfassen weniger Wörter. Dies ist auf die Ergebnisse einer ersten vorläufigen Überprüfung der Projektbeschreibungen zurückzuführen, die ergab, dass in englischsprachigen Texten mehrere Stichwörter vertreten waren, die in anderssprachigen Texten nicht auftauchten.

4. Rangliste der OECD-DAC-Geber in absoluten und relativen Zahlen

Absolute Fördervolumen für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern (im Durchschnitt von 2014 bis 2016)

	Land	Jährlicher durchschnittlicher Beitrag in Mio. USD
1.	Schweden	95,87
2.	Großbritannien	67,46
3.	Norwegen	40,50
4.	EU-Institutionen	35,66
5.	Kanada	35,23
6.	Niederlande	22,06
7.	Deutschland	21,79
8.	Australien	16,14
9.	Finnland	14,60
10.	Vereinigte Staaten	10,06
11.	Japan	8,01
12.	Spanien	7,74
13.	Schweiz	7,55
14.	Belgien	6,94
15.	Dänemark	4,41
16.	Italien	2,83
17.	Irland	2,61
18.	Österreich	1,22
19.	Neuseeland	1,18
20.	Frankreich	0,61
21.	Island	0,42
22.	Luxemburg	0,24
23.	Portugal	0,08
24.	Slowenien	0,07
25.	Tschechische Republik	0,04
26.	Polen	0,03
27.	Slowakische Republik	0,02
28.	Korea	0,00
29.	Griechenland	0,00
30.	Ungarn	0,00

Relative Fördervolumen für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern (im Durchschnitt von 2014 bis 2016)

	Land	Beitrag in % der gesamten bilateralen Entwicklungs-zusammenarbeit (ODA)
1.	Schweden	2,37 %
2.	Finnland	2,02 %
3.	Norwegen	1,28 %
4.	Kanada	1,26 %
5.	Island	1,11 %
6.	Großbritannien	0,63 %
7.	Australien	0,61 %
8.	Niederlande	0,59 %
9.	Irland	0,59 %
10.	Spanien	0,55 %
11.	Belgien	0,54 %
12.	Neuseeland	1,18 %
13.	Slowenien	0,30 %
14.	Schweiz	0,28 %
15.	Dänemark	0,23 %
16.	EU-Institutionen	0,21 %
17.	Österreich	0,16 %
18.	Italien	0,15 %
19.	Deutschland	0,13 %
20.	Luxemburg	0,09 %
21.	Slowakische Republik	0,08 %
22.	Tschechische Republik	0,07 %
23.	Japan	0,06 %
24.	Portugal	0,04 %
25.	Vereinigte Staaten	0,04 %
26.	Polen	0,02 %
27.	Frankreich	0,01 %
28.	Korea	0,00 %
29.	Griechenland	0,00 %
30.	Ungarn	0,00 %

ENDNOTEN

[I] Plan International, 2017. Gender Inequality and Early Childhood Development.
https://plan-international.org/publication/2017-06-08-gender-inequality-and-early-childhood-development

[II] United Nations DESA / Population Division. Frauen im Alter von 0 bis 24 Jahren in weniger entwickelten Regionen für das Jahr 2015.
https://esa.un.org/unpd/wpp/DataQuery/

[III] Schwedische Regierung, 2018. Regeringsförklaringen den 15 september 2015. https://www.regeringen.se/tal/2015/09/regeringsforklaringen-den-15-september-2015/; Schwedische Regierung, 2014. Regeringsförklaringen. https://www.regeringen.se/contentassets/436960c05f524109b8a020b879efd76b/regeringsforklaringen-3-oktober-2014

[IV] Schwedische Regierung, 2018. Utrikesförvaltningens handlingsplan för feministisk utrikespolitik 2015–2018 med indikativa åtgärder för år 2018.
http://www.regeringen.se/490474/contentassets/a50b41904e1b44af927a02cea7debac8/2018-ars-handlingsplan-for-en-feministisk-utrikespolitik.pdf

[V] Schwedische Regierung, 2018. Strategi för Sveriges utvecklingssamarbete för global jämställdhet och kvinnors och flickors rättigheter 2018–2022. https://www.regeringen.se/land--och-regionsstrategier/2018/05/strategi-for-sveriges-utvecklingssamarbete-for-global-jamstalldhet-och-kvinnors-och-flickors-rattigheter-20182022/

[VI] Schwedische Regierung, 2018. Jämställdhetsbudgetering. https://www.regeringen.se/regeringens-politik/jamstalldhet/jamstalldhetsbudgetering/

[VII] Schwedische Regierung, 2018. Utrikesförvaltningens handlingsplan för feministisk utrikespolitik 2015–2018 med fokusområden för år 2016, S. 16.
https://www.regeringen.se/48fd84/contentassets/a50b41904e1b44af927a02cea7debac8/2016-ars-handlingsplan-for-feministisk-utrikespolitik

[VIII] Schwedische Regierung, 2018. Mänskliga rättigheter, demokrati och rättsstatens principer i svensk utrikespolitik.
https://data.riksdagen.se/fil/CD34D6EC-4FA4-449E-A109-2ADE67485F0C

[IX] Schwedische Regierung, 2018. Women, Peace & Security Sweden's National Action Plan for the implementation of the UN Security Council Resolutions on Women, Peace and Security 2016–2020. https://www.government.se/contentassets/8ae23198463f49269e25a14d4d14b9bc/senaste-versionen/swedens-national-action-plan-for-the-implementation-of-the-united-nations-security-council-resolutions-on-women-peace-and-security-2016-2020, Schwedische Regierung, 2018. 'trategi hållbar fred 2017–2022. https://www.regeringen.se/490052/contentassets/567f99efb71f42fc856411d877199044/strategi-hallbar-fred-sv-slutlig.pdf

[X] Schwedische Regierung, 2018. PROGRAM FÖR SVERIGES MEDLEMSKAP I FN: s SÄKERHETSRÅD 2017–2018.
https://www.regeringen.se/492373/contentassets/67ee1af8dd154a1c928e008641ec07e6/program-for-sveriges-medlemskap-i-fns-sakerhetsrad-2017-2018.pdf

[XI] Schwedische Regierung, 2017. Margot Wallströms tal vid FN:s säkerhetsråds debatt om resolution 1325 om kvinnor, fred och säkerhet. https://www.regeringen.se/tal/2018/05/margot-wallstroms-tal-vid-fns-sakerhetsrads-debatt-om-resolution-1325-om-kvinnor-fred-och-sakerhet/

[XII] UN Women, 2017. Top Contributions 2017. http://www.unwomen.org/en/partnerships/donor-countries/top-contributions, UN Women, 2016. Annual Report 2015-2016. http://www.unwomen.org/-/media/annual%20report/attachments/sections/library/un-women-annual-report-2015-2016-en.pdf?la=en&vs=3016; UN Women, 2015 „Annual Report 2014-2015", http://www.unwomen.org/-/media/annual%20report/attachments/sections/library/un-women-annual-report-2014-2015-en.pdf?la=en&vs=522; UN Women, 2017 „Financial Statements", http://annualreport.unwomen.org/en/2017/financial-statements

[XIII] Schwedische Regierung, 2018. Mänskliga rättigheter, demokrati och rättsstatens principer i svensk utrikespolitik.
https://data.riksdagen.se/fil/CD34D6EC-4FA4-449E-A109-2ADE67485F0C

[XIV] Eudmedia Tunisie, 2018. https://www.edumedia.tn/en/about-us/

[XV] UNFPA ESARO, 2017. Rapariga Biz sets girls on a more prosperous and healthy path in Mozambique.
http://esaro.unfpa.org/en/news/rapariga-biz-sets-girls-more-prosperous-and-healthy-path-mozambique

[XVI] G7 Gender Advisory Council, 2018. https://g7.gc.ca/en/g7-presidency/gender-equality-advisory-council/

[XVII] G7 Gender Advisory Council, 2018. https://g7.gc.ca/en/g7-presidency/gender-equality-advisory-council/executive-summary/

[XVIII] Open Canada, 2018. Above all, big gains for women and girls were made at G7.
https://www.opencanada.org/features/above-all-big-gains-women-and-girls-were-made-g7/

[XIX] Newswire, 2018. Government of Canada Champions Gender Equality at the United Nations Commission on the Status of Women https://www.newswire.ca/news-releases/government-of-canada-champions-gender-equality-at-the-united-nations-commission-on-the-status-of-women-677779973.html, UN WOMEN, 2018. Commission on the Status of Women, 66nd session. Agreed Conclusions. http://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/csw/62/outcome/csw62-agreed-conclusions-advanced-unedited-version-en.pdf?la=en&vs=3837

[XX] UN Women, 2017. Press release: WE Day UN in New York celebrates young people changing the world.
http://www.unwomen.org/en/news/stories/2017/9/press-release-we-day

[XXI] Women Deliver, 2017. Women Deliver 2019 Global Conference to be Held in Vancouver, British Colombia, Canada.
http://womendeliver.org/press/women-deliver-2019-global-conference-held-vancouver-british-colombia-canada/

[XXII] Women Deliver. Young Leaders Program. http://womendeliver.org/youth/young-leaders-program-detail/

[XXIII] Canada's International Gateway, 2017. Young Women: Agents of Change.
http://www.canadainternational.gc.ca/ci-ci/eyes_abroad-coupdoeil/Women_in_Parliement-Femmes_Parlementaires.aspx?lang=eng

[XXIV] United Nations Youth Delegate Programme. The Netherlands. http://www.un.org/esa/socdev/unyin/documents/profiles/Netherlands.pdf

[xxv] Niederländische Regierung, 2018. Statement by Her Excellency Ms. Sigrid Kaag in the UN Security Council on International Women's Day. https://www.government.nl/documents/speeches/2018/03/08/statement-by-minister-kaag-on-womens-day

[xxvi] Niederländische Regierung, 2017. Netherlands invests in boosting women's organisations in southern countries. https://www.government.nl/latest/news/2017/02/09/netherlands-invests-in-boosting-women%E2%80%99s-organisations-in-southern-countries

[xxvii] Niederländisches Außenministerium, 2017. Mapping the Expectations of the Dutch Strategic Partnerships for Lobby and Advocacy. https://repub.eur.nl/pub/95390/Mapping-the-expectations-of-the-Dutch-strategic-partnerships-for-lobby-and-advocacy-research-report.pdf

[xxviii] BMZ, 2014. Gender Equality in German Development Policy, Cross-sectoral strategy. https://www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier340_02_2014.pdf

[xxix] OECD, 2018. Aid to gender equality donor charts 2015-2016. http://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/development-finance-topics/Aid-to-gender-equality-donor-charts-2018.pdf

[xxx] CDU, 2018. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 19. Legislaturperiode,S. 21. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1

[xxxi] BMZ. Women's rights. https://www.bmz.de/en/issues/frauenrechte/deutsche_politik/index.html

[xxxii] BMZ, 2014. Gender Equality in German Development Policy, Cross-sectoral strategy, BMZ Strategy Paper. https://www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier340_02_2014.pdf

[xxxiii] BMZ, 2016. Development Policy Action Plan on Gender Equality 2016-2020. https://www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier363a_03_2016.pdf

[xxxiv] BMZ, 2016. Development Policy Action Plan on Gender Equality 2016-2020, S. 21. https://www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier363a_03_2016.pdf

[xxxv] BMZ, 2017. Road Map 2017. https://www.genderingermandevelopment.net/custom/images/contentBilderGalerie/bilderGalerie1000578/BMZ_-Road_Map_2017-DE.pdf, BMZ, 2018. Road Map 2018. http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/menschenrechte/Road_Map_2018_Gleichberechtigung_der_Geschlechter.pdf

[xxxvi] BMZ, 2018. Implementation Report on the Road Map 2016. https://www.bmz.de/en/publications/topics/human_rights/Materilie340_gender_roadmap_2016.pdf

[xxxvii] GIZ, 2012. Gender Strategy. https://www.giz.de/fachexpertise/downloads/Fachexpertise/giz-gender-strategy-en-2012.pdf

[xxxviii] KFW, 2011. The Gender Strategy of the KfW Entwicklungsbank. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Selbstdarstellung/2011_Genderstrategie_E.pdf

[xxxix] BMZ, 2017. Agents of Change. https://www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier410_04_2017.pdf

[xl] Auswärtiges Amt, 2018. Speech by Foreign Minister Heiko Maas at the opening of the Women, Peace, and Security Focal Points Network Meeting. https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/maas-rede-frauen-frieden-sicherheit/1897650

[xli] VENRO, 2018. Stellungnahme zum Bundeshaushalt 2018. http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Stellungnahme_Kabinettsentwurf_2018.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber:
Plan International Deutschland e.V.
Bramfelder Straße 70
22305 Hamburg
Germany
Tel.: + 49 (0) 40 / 611 400
Fax: + 49 (0) 40 / 611 40-140
E-Mail: info@plan.de
www.plan.de
www.facebook.com/PlanDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany

Vorstandsvorsitzender:
Dr. Werner Bauch

Verantwortlich:
Maike Röttger, Vorsitzende der Geschäftsführung

Projektleitung:
Sonja Birnbaum, Franziska Pflüger, Esther Yungsung Lisa Rüden

Redaktion und Koordination:
Julia Engel, Angi Nickel, Franziska Pflüger, Jens Raygrotzki,
Esther Yungsung Lisa Rüden

Konzeption:
Plan International Deutschland e.V.
SEEK Development, Strategic and Organizational Consultants GmbH

Autorinnen und Autoren: Sophie von Hatzfeld, Ebba Henningsson,
Cora Lüdemann, Franziska Pflüger, Esther Yungsung Lisa Rüden, Antje Schröder,
Raimund Zühr

Übersetzung: Karolin Schmidt

Gestaltung: hausgemacht. Grafik & Design, Hamburg

© 2018 Plan International Deutschland e.V.
Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Bilder und Texte, auch Auszüge, dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung
des Herausgebers nicht verwendet oder vervielfältigt werden.

#GIRLSGETEQUAL